

Martin Ziegler

Spitzengespräche. Zur Gesprächsstrategie des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1978–1989

Die folgende Darstellung der „Spitzengespräche“ habe ich als „Zeitzeugenbericht“ im wesentlichen allein auf Grund meiner Handakten verfaßt und aus der Einsicht, wie sehr sich Erinnerungen verschieben können, nur aufgenommen, was ich mit schriftlichen Notizen und Vermerken aus meinen Handakten belegen kann. Gelegentlich eingeflossene Bewertungen sind Urteile aus heutiger Sicht. In meinen Notizen habe ich Beurteilungen und Wertungen nie vermerkt. Für meine Koordinierungsaufgaben im Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR habe ich in meinen Handakten Kopien aller Vermerke über Gespräche mit dem Staatsratsvorsitzenden und Vertretern der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen gesammelt. Die Originale der Vermerke gingen, sofern der Vorstand nichts anderes beschloß, in die Hauptakte der Registratur A 5002, deren Aktennummer ich auch für meine Handaktensammlung benutzte. Außerdem legte ich für besondere Vorgänge und spezielle Themen „Materialsammlungen“ an, in die auch meine stenografischen Notizen aufgenommen wurden. Die vorliegende Arbeit soll zunächst nur dazu dienen, den Zugang zu diesem Handaktenmaterial zu erschließen in der Hoffnung, daß es irgendwann einmal für eine sachlich beurteilende, nicht für tagespolitische Auseinandersetzungen instrumentalisierte Geschichtsschreibung von Nutzen sein kann. Das Material wird für eine Überführung in das Evangelische Zentralarchiv in Berlin vorbereitet.

1. „Gespräche statt Recht“

„Gespräche statt Recht“. Mit drei Worten kennzeichnet Reinhard Henkys treffend die Situation der Kirchen im Staatsgefüge der DDR (1). Es gab kein Staatskirchenrecht. Laut Verfassung der DDR von 1949 hatten die Kirchen zwar nach dem Muster der Weimarer Verfassung noch den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts (Artikel 43), mit der Verfassung von 1968/74 verloren sie diese Rechtsgrundlage. In Artikel 39 Abs. 2 ist lediglich noch festgelegt: „Die Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften ordnen ihre Angelegenheiten und üben ihre Tätigkeit aus in Übereinstimmung mit der Verfassung und den gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik. Näheres kann durch Vereinbarungen geregelt werden.“ Es wurde aber kaum etwas durch rechtsverbindliche Vereinbarungen geregelt. Bis zum Ende der DDR gab es lediglich zwei derartige Vereinbarungen gemäß Artikel 39 Abs. 2, die erste „über die Ausbildung von mittleren medizinischen Fachkräften für eine Tätigkeit in evangelischen Gesundheits- und Sozialeinrichtungen in der DDR-Ausbildungsvereinbarung vom 2. Juni 1975“ und die „Vereinbarung über die Rentenversorgung der Diakonissen der Evangelischen Mutterhäuser und Diakoniewerke in der Deutschen Demokratischen Republik vom 1. März 1985“. Beide Vereinbarungen betrafen den Bereich der Diakonie, deren Dienste im Sozial- und Gesundheitswesen der DDR gebraucht wurden. Ähnlich rechtlich verbindliche Vereinbarungen etwa über Seelsorge in Krankenhäusern, Altersheimen oder Haftanstalten oder gar über das Betreiben von Kindertagesstätten oder kirchliche Mitwirkung in Rundfunk und Fernsehen gab es nicht. Was den Kirchen zugestanden wurde, wurde ihnen durch politische Entscheidungen oder Verwaltungsanordnungen gewährt. Um solche Zugeständnisse zu erlangen, blieb den Kirchen nur ein Weg, das Gespräch, die Verhandlung mit den Staatsorganen. Die Kirchen waren genötigt, eine offensive Gesprächsstrategie zu entwickeln, weil sie keine verbrieften Rechte für sich einklagen konnten. Die Gespräche waren auf allen Ebenen zu führen. Im

zentralistischen Staatswesen der DDR mit dem Führungsanspruch „der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ (2) hatten verständlicherweise politische Zusagen des Staats- und Parteichefs höchste Autorität und waren richtungsweisend für alle untergeordneten Staats- und Parteiorgane. Deshalb mußte es das Bestreben der Kirchen sein, „Spitzengespräche“ mit dem Staatsratsvorsitzenden und Generalsekretär der SED zu führen.

Genau genommen hat es nur ein einziges wirkliches Spitzengespräch gegeben. Am 6. März 1978 traf der Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen (KKL) mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR zu einem Gespräch zusammen, das richtungsweisend für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in den folgenden Jahren war. Bis zum Ende der DDR hat der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR versucht, weitere „Spitzengespräche“ zu führen. Es kam keine Begegnung des gesamten Vorstandes der KKL mit dem Staatsratsvorsitzenden mehr zustande. Es gab lediglich noch 1985 und 1988 zwei Gespräche Erich Honeckers mit dem jeweils amtierenden Vorsitzenden der KKL und am 19. Oktober 1989 zwischen dem Vorsitzenden der KKL und seinen Stellvertretern und dem gerade neu gewählten Generalsekretär Egon Krenz. Bei allen Gesprächen wurde der Vorsitzende der KKL vom Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR begleitet, in dessen Verantwortung auch die Vorverhandlungen, die Gesprächsnachschriften und die Veröffentlichungen über Verlauf und Ergebnisse der Gespräche lagen. (3)

2. 1978 – Gleichberechtigung, Gleichachtung und Chancengleichheit für alle Bürger

Das „Spitzengespräch“ vom 6. März 1978 war eine entscheidende Wegmarke in der Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche in der DDR. Allein die Tatsache eines Gesprächs zwischen dem Vorstand der KKL und dem Vorsitzenden des Staatsrats hatte Signalwirkung. Die Kirchen erschienen als eine gesellschaftliche Kraft. Ihnen wurde zugestanden und bestätigt, daß sie fähig und berechtigt seien, ihren Beitrag zur Gestaltung der Verhältnisse in Gesellschaft und Politik zu leisten, und daß ihre Stimme auch bei der Lösung weltweiter Gegenwartsprobleme wie Friedenssicherung und Abrüstung Gewicht habe. Der Staat respektierte die Institution Kirche. Deutlich wurde damit eine frühere Leitlinie verlassen, der zufolge nur einzelnen christlichen Bürgern das Recht zugestanden wurde, sich zu gesellschaftlichen und politischen Fragen zu äußern, oder wonach die CDU beanspruchte, *die* Vertreterin der christlichen Bürger im Staat zu sein. Mit der Regelung einiger Sachprobleme der Kirchen, die Honecker in dieser Begegnung bekannt gab (Kirchliches Neubauprogramm, Sendezeiten im Fernsehen, Gottesdienste in Haftanstalten, Pachtgebühren für kirchliche Landwirtschaft u. a.), wurde dem Rechnung getragen und die Stellung der Kirchen in der Öffentlichkeit gestärkt. Das Gespräch wurde als „die verheißungsvollste Form des Miteinanders von Christen und Nichtchristen, von Staat und Kirche“ deklariert. (4) Das wichtigste Ergebnis für Gemeinden und Gemeindeglieder war jedoch die öffentliche Zusicherung von Gleichberechtigung, Gleichachtung und Chancengleichheit für alle Bürger unabhängig von ihrer Weltanschauung oder religiösen Überzeugung durch den obersten Repräsentanten des Staates und der herrschenden Partei.

Auf dieses Gespräch beriefen sich in den Folgejahren die Kirchen, um ihr Recht auf gesellschaftliche Mitgestaltung und auf öffentliche Stellungnahmen zu gesellschaftlichen Fragen gegenüber allen Einschränkungsversuchen des Staates zu behaupten. Christliche Bürger konnten die Erklärung des Staatsratsvorsitzenden zitieren, daß „die Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Bürger, ihre uneingeschränkte Einbeziehung in die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eine Norm darstellt, welche die zwischenmenschlichen Beziehungen prägt und für alle verbindlich ist“. Der Staatssekretär für Kirchenfragen und die Mitarbeiter seiner Dienststelle erinnerten besonders in Krisenzeiten

zuweilen geradezu beschwörend an dieses Gespräch. Die Kirchen sollten durch Kritik und überzogene Forderungen die erreichte Annäherung zwischen Staat und Kirche nicht gefährden, sondern alles tun, um die mit dem 6. März 1978 gegebenen Ansätze für ein „von Sachlichkeit, Vertrauen und Freimütigkeit“ (4) geprägtes Verhältnis zwischen Staat und Kirche weiter zu entwickeln.

Verlauf und Ergebnisse des Gesprächs vom 6. März 1978 sind ausführlich und mehrfach dokumentiert. (6) Die Verfahrensweise bei der Vorbereitung, Ablauf und Stil der Begegnung vom 6. März 1978 wurden maßgebend auch für alle späteren Begegnungen mit dem Staatsratsvorsitzenden. Die Vor- und Nacharbeit war jedoch nie wieder so intensiv wie bei diesem „Spitzengespräch“. Der Vorstand der KKL verfaßte über Inhalt und Verlauf eine umfangreiche Niederschrift. In sie flossen die Aufzeichnungen aller kirchlichen Gesprächsteilnehmer ein. Ihre Gesprächsbeiträge sind zum Teil wörtlich wiedergegeben (Schönherr, Wahrmann, Schultheiß). Was die einzelnen Vorstandsmitglieder sagen würden, war nach Aussage von Bischof Schönherr vorher nicht abgesprochen worden (7). Allerdings hatte der Vorstand Ziele und Linie des Gesprächs bis in die Einzelheiten festgelegt. Seit Mai 1977 wurden Vorgespräche mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, und dem Leiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim Zentralkomitee der SED, Rudi Bellmann, geführt. Der Vorstand beriet am 11. November und am 21. Dezember 1977 über einen „Aufriß Spitzengespräch“. Die Letztfassung dieses Aufrisses unterschied zwischen „1. Gegenstände zur unmittelbaren Verhandlung“ und „2. Gegenstände zur Verweisung zwecks weiterer Klärung“. Als erstes Gesprächsziel wird unter der Überschrift „Gemeinsame Verantwortung für die Menschen“ genannt „Gleiche Chancen für alle Bürger unabhängig von der Weltanschauung und dem religiösen Bekenntnis“. Das trat an die Stelle der in der ersten Fassung unter Nummer 1. aufgeführten Forderung „Erweiterung der Reisemöglichkeiten in dringenden Familienangelegenheiten“. Unter den „praktischen“ Gesprächsgegenständen rückten „Kirchliche Kindergärten“ und „Fragen des kirchlichen Eigentums“ (kirchliche Land- und Forstwirtschaft, kirchliche Friedhöfe) in die Kategorie 2. Dagegen wurde die „Altersversorgung für auf Lebenszeit angestellte kirchliche Mitarbeiter“ in die Kategorie 1 vorgezogen. Fragen des Theologiestudiums an den Universitäten entfielen ganz. Für jeden der „praktischen“ Fragenkomplexe wurden auf acht Anlagen konkrete Bitten ausgesprochen und begründet. Auf diese Bitten ging Honecker am 6. März 1978 im einzelnen ein. Über die Lösung der vorgetragenen Probleme wurde jedoch nicht verhandelt, sondern Honecker verkündete die staatlichen Entscheidungen. Die gegebenen Zusagen wurden in den folgenden Monaten eingelöst und von den zuständigen staatlichen Stellen umgesetzt.

3. 1978 – 1985 – Gesprächspolitik nach den „Grundsätzen des 6. März 1978“

Der positive Verlauf des „Spitzengesprächs“ konnte nicht die Lösung aller Probleme zwischen Staat und Kirche bringen. Aber es schuf eine neue Basis, auf der die Lösung künftig auftauchender Sachprobleme nach der Regel „Vertrauen gegen Vertrauen“ möglich werden sollte. (8) Zunächst jedoch mußte die Bedeutung dieses Gesprächs den überraschten Genossen auf allen Ebenen und vielen skeptischen Gemeindegliedern erst einmal einleuchtend erklärt werden. Die Umsetzung hatte Hindernisse auf staatlicher wie auf kirchlicher Seite zu überwinden, ehe „der einzelne christliche Bürger in seiner gesellschaftlichen Situation vor Ort erfahren konnte, wie gut das Verhältnis von Staat und Kirche ist.“ (9)

Der Kirche konnte nicht nur an der Regelung von einzelnen Zwischenfällen gelegen sein, die es vor allem im Schulbereich immer wieder gab. Es ging ihr grundsätzlich darum, bei Anerkennung des Prinzips der Trennung von Kirche und Staat ihre Eigenständigkeit zu beweisen und als Partner ernst genommen zu werden, der Anspruch auf Information und auf Gehör für seine Vorschläge, Bitten und Bedenken hat. Es ging ihr um Teilhabe an der

Gestaltung der Gesellschaft im Interesse der Menschen. Bei einem Empfang für das Präsidium der Bundessynode, die KKL und die ökumenischen Gäste am 22. September 1979 auf Schloß Mosigkau erkannte Staatssekretär Seigewasser die Eigenständigkeit der Kirchen in der DDR ausdrücklich noch einmal an und erklärte: „Die Eigenständigkeit der evangelischen Kirchen in der DDR hat sich als bewährtes Prinzip auch für die künftige Entwicklung erwiesen.“ (10) Bischof Schönherr nahm das in seinem Grußwort auf und berichtete, daß Gesprächspartner in den USA, die er gerade besucht hatte, mit Überraschung festgestellt hätten: „Es gibt dort (in der DDR Zg.) eine eigenständige Kirche. Eine eigenständige Kirche nach innen in dem Sinn, daß unsere Identität geachtet wird, und nach außen, indem wir von niemandem beeinflußt werden.“ (11)

Das Mittel, eigenständige Beiträge in die Beratung und Lösung gesellschaftlicher Probleme einzubringen, sahen die Kirchen in „Sachgesprächen“, die sie in den Folgejahren unentwegt anmahnten. Sachgespräche „bedeuten der Kirche eine wichtige Hilfe für die Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Mitverantwortung im Interesse der Menschen unseres Landes“, solche wirklichen Gespräche zu gemeinsam interessierenden Sachfragen seien eine Konsequenz der am 6. März 1978 im Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden herausgestellten Absichten, erklärte Bischof Schönherr beim ersten Sachgespräch mit Vertretern der Regierung über Fragen der Umwelt, der Ökologie und der Kernenergie am 6. März 1980. (12) Die Kirchen suchten in den Sachgesprächen eine Möglichkeit, mit Staatsvertretern in eine offene Diskussion einzutreten, eigene Gesichtspunkte einzubringen und gegebenenfalls Widerspruch anzumelden. Die staatlichen Intentionen liefen in eine andere Richtung, die durch die spätere Sprachregelung unmißverständlich klar wurde. Man kam der Kirche entgegen, indem man einlud, um Kirchenvertreter über spezielle Themen zu informieren, ganz offensichtlich in der Erwartung, sie durch solche Belehrungen für die staatliche Sicht zu gewinnen. Die Kirchen forderten „Sachgespräche“, der Staatssekretär vermittelte „Informationsgespräche“, die ausdrücklich nicht zu „Verhandlungen“ werden sollten.

An Themen für klärende Gespräche war kein Mangel. Schon im Juni 1978 war die für den 1. September 1978 vorgesehene Einführung des obligatorischen Schulfaches „Sozialistische Wehrerziehung“ Gegenstand eines Gesprächs, in dem der Staatssekretär für Kirchenfragen informierte und erläuterte und die Vertreter der Kirchen ihre Bedenken und ihren Widerspruch ohne grundlegenden Erfolg vorbrachten. (13)

Nach dem plötzlichen Tod von Staatssekretär Hans Seigewasser im Oktober 1979 und dem Dienstantritt von Klaus Gysi Anfang November 1979 gab es neben den regelmäßigen Gesprächen von Mitarbeitern des Sekretariats des Bundes mit Vertretern der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen über die unterschiedlichsten Themen von der Strafgesetzänderung, Arbeitskräftelenkung, Sicherung kirchlichen Kunst- und Kulturgutes bis hin zu Fragen des Essensgeldes in Kindergärten und von Friedhofsgebühren Gespräche aus unterschiedlichen Anlässen zwischen dem Vorsitzenden der KKL, Bischof Schönherr, und dem Staatssekretär.

Zu einem Gespräch des Vorstands der KKL mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen kam es am 10. November 1980. Als Thema waren „schulpolitische Fragen“ vereinbart worden. Gysi aber erklärte zu Beginn des Gesprächs, die Tagesordnung müsse zugunsten aktueller Grundsatzfragen geändert werden. Es sei der Eindruck entstanden, daß die Kirchen die Grundsätze vom 6. März 1978 nicht mehr wahrten und sich in die gegen die DDR gerichtete Hetzpropaganda der Bundesrepublik einspannen ließen, wie sich auch bei der Bundessynode in Leipzig gezeigt habe. Die Regierung der DDR sei entschlossen, die Politik des 6. März 1978 fortzusetzen, aber sie erwarte auch Vergleichbares von der Kirche. Die Einlassungen der Vertreter der KKL veranlaßten Gysi schließlich doch, sich zu Fragen der kommunistischen Erziehung zu äußern, die auf dem VIII. Pädagogischen Kongreß der

DDR definiert worden waren. Die kommunistische Erziehung sei nicht mit dem Bekenntnis zum Atheismus verbunden. Einzelfälle von Übergriffen, durch die Schüler zu einem atheistischen Bekenntnis genötigt würden, wären wohl nicht zu vermeiden, aber sie seien sofort zu korrigieren. Es wurde verabredet, keine Pressenotiz über dieses Gespräch zwischen Vorstand der KKL und Staatssekretär vorzusehen. Drei Wochen später, am 1. Dezember 1980 veröffentlichte das Sekretariat des Bundes jedoch eine „Schnellinformation“ über das Gespräch vom 10. November 1980, in der aber vor allem die durch die Schulordnung vom 29. November 1979 aufgeworfenen Fragen im Zusammenhang mit der kommunistischen Erziehung ausführlich dargestellt wurden. (14)

Ein zweites Sachgespräch fand am 17. November 1980 mit Regierungsvertretern über das 2. Folgetreffen der KSZE Madrid 1980/81 statt. Eigentliches Ziel der KKL aber blieb ein weiteres „Spitzengespräch“ mit dem Vorsitzenden des Staatsrats. Im August 1981 lag dem Vorstand ein „streng vertraulicher“ neuer Aufriß für ein solches Spitzengespräch vor. Anlaß sollte der Wechsel im Vorsitz der KKL (22. September 1981) und der 70. Geburtstag von Bischof D. Schönherr sein (11. September 1981). Auf dem Hintergrund der vorhergehenden kurz skizzierten Entwicklung überrascht, für welche „Schwerpunktfragen“ der Aufriß klärende Aussagen für nötig hält: Jugendweihe, Martin-Luther-Forschungswerk mit Promotionsrecht, staatliche Mitverantwortung für kulturhistorisch wichtige Kirchenbauten, Nachzahlung für die Rentenversicherung der Diakonissen. Dagegen erschienen Wehrdienstfragen, Fragen der kommunistischen Erziehung oder Probleme der sozialdiakonischen Jugendarbeit, über die im Sekretariat umfangreiche Berichte vorlagen, in diesem Aufriß nicht. Die Situation war beim Amtswechsel im Vorsitz der KKL von Bischof Schönherr zu Bischof Werner Krusche auch nicht dazu angetan, das Ziel eines Spitzengesprächs mit dem Staatsratsvorsitzenden mit Aussicht auf Erfolg weiter zu verfolgen. Der Entwurf verschwand in den Handakten des Leiters des Sekretariats. (15)

Die Bedingungen für ein „Spitzengespräch“ verbesserten sich in den folgenden Jahren 1982/83 nicht. Das erste Gespräch des Vorstands unter Vorsitz von Bischof Krusche mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen am 23. Oktober 1981 rückte genau die Fragen in den Vordergrund, die im „Aufriß für ein Spitzengespräch“ vom Sommer 1981 fehlten. Gysi erteilte eine harte und unmißverständliche Absage für ein Gespräch über Volksbildungsfragen und mit Vertretern des Volksbildungsministeriums. Der Vorstand verwandte sich für einen Wehersatzdienst im sozialen Bereich und für einen Ersatzdienst auch für Reservisten, die bereits den Fahneid geleistet hatten, inzwischen aber zu einer anderen Überzeugung gekommen waren. Die Vorstandsmitglieder beklagten die zunehmende Militarisierung des Lebens und trugen Probleme mit der vormilitärischen Ausbildung in Schulen und Lehrverhältnissen vor, ohne in den Grundsatzfragen etwas zu erreichen. Gysi zog sich angesichts der massiven Forderungen auf den Vorschlag zurück, in nächster Zeit ein Gespräch über „sozialistische Lebensweise“ zu führen. Das Sachgespräch zur sozialistischen Lebensweise fand schließlich am 9. Dezember 1982 statt, eingeleitet durch einen Vortrag des Professors Hanke von der Akademie der Gesellschaftswissenschaften des Zentralkomitees. Die Vertreter der KKL konzentrierten sich in allen Beiträgen auf Probleme von Christen im Bereich der Erziehung und Volksbildung. Sie wurden gehört. Aber es war ein „Informationsgespräch“, keine Sachdiskussion zur Lösung der Probleme im Volksbildungsbereich.

Hauptthema der Auseinandersetzungen im Jahr 1982 wurde das Symbol der Friedensdekade „Schwerter zur Pflugscharen“. Im Sachgespräch der KKL mit dem Staatssekretär am 7. April 1982 über das Wehrdienstgesetz und das Grenzgesetz der DDR nahm es breiten Raum ein und beherrschte auch das vierstündige Gespräch des Vorstands mit dem Staatssekretär am 8. Juli 1982. Die Staatsorgane sahen in dem Symbol ein „Abzeichen“. Es sei ein Sammelzeichen für eine sich formierende unabhängige Friedensbewegung, die auch

mit der Forderung eines sozialen Friedensdienstes auftrete, die von der Kirche unterstützt würde. Diese Bewegung spalte die einheitliche Friedensbewegung der DDR. Die Wehrbereitschaft der DDR würde unterhöhlt und die Friedenspolitik der DDR in Frage gestellt. Das Zeichen sei eine Aufforderung zur Selbstentwaffnung der DDR. Angesichts dieser Entwicklung stelle sich dem Staatssekretär die Frage, ob die Kirche sich von der mit dem 6. März 1978 begonnenen Entwicklung entfernen wolle, wo es doch gerade jetzt darauf ankomme, zu bewahren und fortzuführen, was am 6. März 1978 erreicht worden sei. Die Auseinandersetzung endete mit einem Kompromiß, den Gysi in seiner Bilanz zum Jahresende 1982 als Erfolg darstellte. Die Kirchen verzichteten auf die Herstellung und Verteilung von Aufnähern mit dem Symbol, behielten es aber als Zeichen der Friedensdekade bei. Die Wehrdienstfragen wurden immer wieder vorgetragen und schließlich am 10. Januar 1983 in einem Gespräch des Vorstands mit dem Staatssekretär ausführlicher verhandelt, standen aber im Gespräch des KKL-Vorsitzenden und seiner Stellvertreter mit dem Staatssekretär am 12. Dezember 1983 als weiterhin ungelöste Probleme wieder auf der Tagesordnung (16).

Trotz dieser wenig ermutigenden Entwicklung beauftragte der Vorstand das Sekretariat, erneut Unterlagen für ein Spitzengespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden vorzubereiten. Der neuerliche „Aufriß“ lag am 13. Oktober 1983 vor. Als Anlaß für das erbetene Gespräch wurde der Wechsel im Vorsitz der KKL und die Wahl von Bischof Hempel zu einem der Präsidenten des Weltkirchenrates genannt. In der Begegnung mit dem Staatsratsvorsitzenden sollten zugleich Dokumente der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver übergeben werden. Das Sekretariat wurde beauftragt, Sondierungsgespräche über inhaltliche Fragen und die personelle Zusammensetzung der Gesprächsgruppe zu führen. Das geschah am 7. November 1983. Gysi erteilte der Bitte um ein Spitzengespräch zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine eindeutige Absage. Der Vorstand übernahm die Themenliste zum guten Teil für das bereits erwähnte Gespräch am 12. Dezember 1983, in dem Gysi noch einmal erklärte, daß für ein Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden eine bessere Zeit abgewartet werden müsse.

Dennoch gab auch er die Bemühungen darum nicht auf, sondern arbeitete in den Jahren 1983/84 weiter darauf hin, eine Begegnung zwischen dem KKL-Vorsitzenden und dem Staatsratsvorsitzenden zu arrangieren. In einem Vieraugengespräch am 8. Juni 1983, zu dem Gysi Bischof Hempel in das Gästehaus des Ministerrats Johannishof geladen hatte, sprach er von einer möglichen Begegnung von Schönherr (zur Verabschiedung) und Hempel (mit Gratulation zur Amtsübernahme) mit Honecker noch in diesem Jahr. Bischof Hempel versuchte sofort, dieses Vorhaben von der persönlichen auf die amtliche Ebene zu verlagern, und erklärte, es sei besser, mit dem KKL-Vorsitzenden auch seine beiden Stellvertreter einzuladen, und daß bei einer solchen Begegnung etwas „Basiswirksames“ herauskommen müsse. Sonst würde sie in den Gemeinden falsch gedeutet und für die Kirchenvertreter eher schädlich sein, was auch für den Staat nicht nützlich wäre. (17)

Doch der Staatssekretär kam 1983 mit seiner Absicht ebensowenig zum Zuge wie der Vorstand. Die Bundessynode vom 16. bis 20. September 1983 in Potsdam-Hermannswerder hatte zu neuen Verstimmungen geführt. Auf Anfragen zum Bericht der KKL antwortete Bischof Hempel und bestätigte, daß eine wachsende Enttäuschung und Verbitterung vieler Bürger und besonders der Jugend zu beobachten sei. Als Gründe nannte er u. a. unfreundliche und demütigende Behandlung von Bürgern durch die Staatsorgane, eine Verkümmernng schöpferischer Potenzen in Wirtschaft und Wissenschaft, eine „pädagogische gefilterte“ Art und Weise, erwachsene Bürger zu informieren, den Mangel an Möglichkeiten, Zorn abzuladen und überhöhte Ansprüche auf eine gehobene Lebensqualität. Das brachte ihm große Zustimmung in den westlichen Medien und scharfe Kritik der DDR-Regierung ein. Staatssekretär Gysi hatte sie ihm in einer Begegnung im Johannishof

am 10. Oktober 1983 zu übermitteln. Vorgeworfen wurde dem Vorsitzenden der KKL, daß er sich anmaße, für „die Bürger“ und „die Jugend“ zu sprechen. Was Trennung von Kirche und Staat bedeute, müsse offensichtlich neu bedacht werden. Die Kirche habe keine Wächteramt, noch könne sie partnerschaftliches Mitspracherecht in Anspruch nehmen. Wörtlich erklärte der Staatssekretär: „Wir haben in der Kirche keinen gleichwertigen Partner, der dem Staat gegenüber steht.“ Der zu begrüßende Wunsch nach konstruktiver Mitwirkung dürfe nicht ausarten in den Versuch negativer oder gar feindlicher Behandlung gesellschaftlicher Fragen. Hauptabteilungsleiter Heinrich bekräftigte das am 12. Oktober 1983 mir gegenüber mit dem Hinweis, am 10. Oktober 1983 hätte nicht nur der Staatssekretär für Kirchenfragen, sondern die Regierung der DDR gesprochen.

Sorge bereitete dem Staatssekretär auch, in welcher Weise Bischof Hempel bei den Lutherfeierlichkeiten in Worms auftreten werde. Seine von KKL-Beschlüssen gedeckte Stellungnahme gegen die Aufstellung von Raketen brachte ihm höchstes Mißfallen der Bundesregierung und später die zweifelnde Rückfrage des Staatssekretärs Gysi ein, welche Raketen er denn gemeint habe. (18) Für einen so umstrittenen KKL-Vorsitzenden gab es Ende 1983 keine Möglichkeit, dem Staatsratsvorsitzenden zu begegnen, obwohl das Lutherjahr in der Schlußbilanz des Staatssekretärs am 12. Oktober 1983 als ein Jahr großer Erfolge für Kirche und Staat gewertet wurde.

Die Themen, die die Vertreter des Vorstands dem Staatssekretär am 12. Dezember 1983 vorgetragen hatten, beherrschten die Staat-Kirche-Gespräche im folgenden Jahr. Es ging immer wieder um dieselben Probleme: Die Haltung der Kirchen gegenüber der Friedenspolitik der DDR, jetzt speziell in der Frage der Raketen aufstellung, die Gleichachtung, Gleichberechtigung und Chancengleichheit christlicher Kinder und Eltern im Bereich der Volksbildung, auf dem Gebiet des Wehrdienstes das neu aufgetretene Problem der Bindung von Reservisten an den Fahneid, wenn ihnen inzwischen Gewissensbedenken gekommen seien, die Altersversorgung der Diakonissen und Baubilanzen (in Mark der DDR!) für die Erhaltung denkmalwerter Kirchen.

Zum Thema Friedenspolitik waren am ehesten Übereinstimmungen zu erwarten. So erging zum 27. Januar 1984 die Einladung zu einem Informationsgespräch zu Friedensfragen. Botschaftsrat Ernst vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten erläuterte einer Gruppe von 23 Vertretern gliedkirchlicher Synoden und der KKL die außenpolitischen Aspekte der Friedenspolitik der DDR. Auch bei ihm fehlte die Warnung vor einer Spaltung der Friedenskräfte durch das Streben nach einer unabhängigen Friedensbewegung nicht. Für die mehr innenpolitischen Aspekte der Friedensthematik kündigte Gysi ein Experten-gespräch an, das mit einer kleineren Gruppe unter Leitung von Bischof Gienke am 9. April 1984 stattfand.

Der Vorstand drängte weiter auf Klärung offener Grundsatzfragen und auf die Beantwortung seiner konkreten Anfragen. Am 30. März 1984 kam es zu einem Gespräch zwischen dem Staatssekretär und dem Vorstand der KKL, das durch grundsätzliche Ausführungen von Bischof Hempel zum Mandat der „Kirche im Sozialismus“ besondere Bedeutung gewann. Als Ziel seiner Ausführungen gab Bischof Hempel an, „Grundvertrauen zu erneuern“. Er beschrieb „Kirche im Sozialismus“ als „Zustand mit Bewegungsspielraum“, den die Kirche nutze, und als „Beziehung zwischen Staat und Kirche, in der die Kirchen für den Staat zwar nie genau berechenbar, aber jedenfalls deutlich erkennbar“ seien. Die gegenwärtigen allergischen Punkte dieser Beziehung zwischen Staat und Kirche erläuterte er an fünf Beispielen mit Ausführungen zur sozialistischen Gesetzlichkeit, zum stellvertretenden Reden der Kirche, zum Verhältnis von EKD und Bund, zur Friedensarbeit der Kirche und zur Stellung der Kirchen des Bundes in der Ökumene. (19) Der Staatssekretär begrüßte die Ausführungen von Bischof Hempel, stellte mancherlei Übereinstimmungen fest, konnte aber auf die konkreten Anfragen und Bitten des Vorstands keine weiter füh-

renden und verbindlichen Antworten geben.

Der Vorstand bewertete das Gespräch dennoch positiv, weil Wille und Meinung der Kirche deutlich zum Ausdruck gekommen seien. Für die weiterhin ungelösten Probleme legte er am 2. April 1984 die nächsten Verhandlungsschritte fest und beauftragte das Sekretariat, eine Kurzmitteilung über das Gespräch für die Presse vorzubereiten, den Gesprächsvermerk und die Ausführungen von Bischof Hempel den KKL-Mitgliedern aber in vollem Wortlaut vertraulich zu übermitteln. Zur Veröffentlichung der Kurzmitteilung kam es nicht. Der Staatssekretär ließ darum bitten, von einer Veröffentlichung abzusehen, um die Fortsetzung der Sachgespräche, um die er sich gerade bemühe, nicht zu blockieren. Gefährdet sah er diese Bemühungen durch die Erwähnung der Volksbildung und der Wehrdienstfragen sowie durch die Deutung der Formel „Kirche im Sozialismus“ als Weg, „bei dem die Richtung klar sei, auf dem es aber Bewegungsspielraum nach rechts und links gäbe“. Der amtierende KKL-Vorsitzende, Bischof Gienke, zog daraufhin die Pressemitteilung am 9. April 1984 zurück mit Rücksicht auf die in Aussicht gestellten weiteren Gespräche, die zitierfähige Aussagen zu den offenen Problemen bringen sollten.

Diese Gespräche ließen jedoch auf sich warten. Die Liste der ungelösten Probleme verlängerte sich im Lauf der nächsten Monate. Bischof Hempel hatte als neues Stichwort bereits „die Ausbürgerungswelle“ ins Gespräch gebracht. Am 1. Juni 1984 erklärte mir Hauptabteilungsleiter Heinrich, die Kirche sei drauf und dran, auf dem Gebiet der Ökologie ein neues Konfliktfeld aufzubauen. Umweltfragen standen seitdem mit auf der Tagesordnung. Eine neue „Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten“ (OWVO) vom 22. März 1984 ließ die Kirchen Einschränkungen ihrer Veranstaltungen befürchten und führte am 17. September 1984 zu einem Sachgespräch mit dem Staatssekretär über die Auslegung und Anwendung der neuen Verordnung. Mitte Juni ließ sich Gysi darauf ein, die Zielstellung für ein Gespräch über Volksbildungsfragen einschränkend zu präzisieren. Es sollten „handhabbare Grundaussagen“ zur Praktizierung der am 6. März 1978 erklärten Prinzipien der Gleichberechtigung, Gleichachtung und Chancengleichheit auf dem konfliktreichen Gebiet der Volksbildung angestrebt werden. Darüber wolle er nachdenken, aber eine feste Zusage könne er nach wie vor nicht geben. (20) Nach der Greifswalder Bundessynode kam es im Oktober 1984 zu Konflikten über die Berichterstattung in den Kirchenzeitungen, besonders in der Mecklenburgischen Kirchenzeitung. Das Thema „Kirche und Medien“ wurde in der Folgezeit immer wieder akut. Das Stichwort „Reisefragen“ kam neu auf die Themenliste, über die der Vorstand zum Jahresende, am 18. Dezember 1984, erneut mit dem Staatssekretär verhandelte.

Inzwischen war im Politbüro der SED ein Wechsel eingetreten. Dr. Werner Jarowinsky löste den bisher für Kirchenfragen zuständigen Paul Verner ab. Im Gebäude des Zentralkomitees der SED empfing Jarowinsky am 28. Juni 1984 den KKL-Vorsitzenden Bischof Hempel und seine Stellvertreter Gienke und Stolpe. Nach dem Urteil der kirchlichen Vertreter erbrachte das Gespräch nichts Neues. Jarowinsky sprach im wesentlichen über die Weltpolitik. Für die Kirchenpolitik der Partei und der Staatsführung, so betonte er, bedeuteten andere Namen keine neuen Konzepte. Angesichts der politischen Großwetterlage werde die Hilfe der Kirchen gebraucht. Belastungen des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche durch unnötige Tests auf Konfliktfeldern sollten vermieden werden. Diese Mahnung konnte sich nach dem Gesprächsverlauf speziell nur auf die Probleme in der Volksbildung beziehen, die die Vertreter des Vorstands als einzige konkrete Frage auch in diesem Gespräch angeschnitten hatten. (21)

4. 11. Februar 1985 – Handhabbare Richtlinien für die weitere Verwirklichung von Gleichberechtigung und Gleichachtung christlicher Bürger

Eine Förderung der Bemühungen des Vorstands um ein neues „Spitzengespräch“ ließ die

Begegnung mit dem Politbüro-Mitglied Jarowinsky ebenso wenig erwarten wie die inhaltlichen Äußerungen des Staatssekretärs Gysi in den Gesprächen des Jahres 1984. Trotzdem setzte ich auf die Bitte von Herrn Stolpe die Verhandlung über eine aktualisierte Fassung des „Aufriß für ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrats vom 13. Oktober 1983“ auf die Tagesordnung des Vorstands am 18. Oktober 1984. Der Vorstand reagierte auf Grund der Gesprächserfahrungen des Jahres zurückhaltend und zeigte sich nicht bereit, zum gegebenen Zeitpunkt von sich aus weitere Initiativen zu ergreifen.

Überraschend brachte Herr Stolpe das Thema „Spitzengespräch“ in der Vorstandssitzung am 7. Januar 1985 wieder zur Sprache. Die Formulierung im Protokoll über die 170. Sitzung des Vorstands am 7. Januar 1985 läßt aufhorchen: „Im Nachgang seines Neujahrsbesuchs bei Bellmann schneidet Stolpe die Möglichkeit eines erneuten Spitzengesprächs an.“ Sonst pflegte Herr Stolpe bei seinen Beiträgen zur Situationsanalyse häufig die Formulierung „Die Genossen sagen...“ zu gebrauchen. In der Regel fragte niemand nach, welche Genossen was sagten. Als Konsistorialpräsident der Berlin-Brandenburger Kirche hatte er wie alle „Chefs“ der landeskirchlichen Verwaltungen vielerlei Verbindungen und Gespräche mit „Genossen“ in den Bezirken. Mir war bekannt, daß er regelmäßig Kontakte zum Leiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED, Rudi Bellmann, hatte. Weitere Verbindungen wurden mir erst später klar. Ich wunderte mich nur, daß ich ihm offensichtlich nie etwas Neues mitteilte, wenn ich verabredungsgemäß darüber berichtete, daß ich wieder einmal Besuch von einem Vertreter des Staatssicherheitsdienstes gehabt hätte und was dabei zur Sprache gekommen sei. (22) Der Kenntnisstand der Vorstandsmitglieder war offenbar nicht umfassender als der meine. So mußte es aufmerken lassen, daß diesmal die Quelle der Anregung mit Namen genannt wurde. Das konnte nur als Signal verstanden werden. Der Vorstand ging jetzt darauf ein und sprach sich dafür aus, daß parallel „bei Bellmann und Heinrich die Realisierbarkeit solchen Treffens angefragt werden“ sollte. Als Treffpunkt sollte wegen eines bevorstehenden Besuchs Honeckers in Dresden das Diakonissenmutterhaus Dresden vorgeschlagen, der Teilnehmerkreis auf Hempel, Domsch, Ziegler begrenzt werden. Inhaltlich wurde lediglich festgelegt: „Anläßlich der Begegnung sollte ein Vorstandsgespräch für das 2. Halbjahr 1985 verabredet werden“. Bedeutung und Charakter der Begegnung wurden dadurch von vornherein begrenzt. Im Unterschied zum 6. März 1978 sollten keine speziellen Sachfragen zur Sprache kommen. Die Begegnung sollte eher der Pflege der Atmosphäre als der Lösung von Problemen dienen. Das entsprach ganz der von Staatssekretär Gysi verfolgten Linie. Ihm lag durchaus an einer öffentlichen Würdigung des KKL-Vorsitzenden, der, wie er gesprächsweise äußerte, „bisher schlecht behandelt worden sei“. Er argumentierte, die Schaffung persönlichen Vertrauens erleichtere die Lösung anstehender Probleme und fördere das seit dem Lutherjahr gute Verhältnis zwischen Staat und Kirche, das ausgebaut werden müsse. Andererseits mußte es im Interesse des Staatssekretärs für Kirchenfragen liegen, die Bearbeitung von Sachfragen aus dem kirchlichen Bereich in seiner Zuständigkeit zu halten. Der Vorstand der KKL hielt dem gegenüber an seinem Ziel fest, zu einem Sachgespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates zu kommen, weil nur von ihm verbindliche Richtlinien zu erwarten waren. Der Vorstand ließ sich aber auf den Versuch ein, den Boden dafür durch eine mehr protokollarische Begegnung zu bereiten und öffentlich zu bekunden, daß der durch den 6. März 1978 geprägte Gesprächsprozeß zwischen Staat und Kirche fortgesetzt werde. Außerdem war sich der Vorstand darüber im Klaren, daß die Lösung von Sachfragen längere Vorverhandlungen erforderte. Die Zeit aber drängte, weil die Begegnung im Zusammenhang mit dem Besuch Honeckers in Dresden zur Wiedereröffnung der Semper-Oper am 13. Februar, dem 40. Jahrestag der Zerstörung Dresdens, vorgesehen war. Dieser Plan ließ sich wegen Termenschwierigkeiten Honeckers nicht verwirklichen. Herr Stolpe teilte dem Sekretariat jedoch bereits am 9. Januar 1985 mit, daß nach seinen letzten Informationen eine Begeg-

nung in Berlin innerhalb kürzester Frist ermöglicht werden solle. Am 14. Januar 1985 übergab ich dem Staatssekretär den Vorschlag des Vorstands für die geplante Begegnung.

Am 30. Januar 1985 reisten Hauptabteilungsleiter Heinrich von der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen und Herr Krauß von der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED nach Dresden, um mit Bischof Hempel Einzelheiten für die Begegnung abzusprechen, die für den 11. Februar 1985, 11.00 Uhr, im Gebäude des Staatsrates ange-setzt wurde. Sie teilten mit, der Staatsratsvorsitzende würde vom Staatssekretär für Kir-chenfragen begleitet sein. Daraufhin erklärte Landesbischof Hempel, daß ihn der Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR begleiten würde, daß er sich aber auch ein Vieraugengespräch hätte vorstellen können. Beide Seiten informierten über Hauptgesichtspunkte der vorgesehenen Ansprachen. Im Blick auf die Berichterstat-tung wünschte Bischof Hempel eine zurückhaltende summarische Verlautbarung und die Vermeidung jeder Einseitigkeit. „Ich möchte bei dieser Begegnung nicht die Kirchengemeinden auf kirchlichem Dienstweg korrigierend unterrichten müssen“. (23) Außerdem kündigte er an, daß er um ein Gespräch des Vorstands über Sachfragen mit dem Staatsrats-vorsitzenden bitten werde. Herr Heinrich nahm diese Ankündigung mit der Bemerkung auf, daß er den Wunsch übermitteln werde, jedoch keine Notwendigkeit sehe, über die üb-lichen Gespräche mit dem Staatssekretariat hinaus Sachfragen mit dem Staatsratsvorsit-zenden zu verhandeln.

Auf ausdrücklichen Wunsch des Staatssekretärs kam es am 9. Februar 1985 zu einem weiteren vertraulichen Vorbereitungsgespräch zwischen Hempel und Gysi in unserer Woh-nung. Gysi ging es offensichtlich darum, schwierige Sachprobleme aus dieser Begegnung heraus zu halten, um die Atmosphäre des Vertrauens, die sie aufbauen sollte, nicht zu belas-ten. Bischof Hempel betonte, daß die Berichterstattung nicht auf eine völlige Überein-stimmung hinaus laufen dürfe. „Es müsse klar bleiben, daß es offene und ungelöste Fragen zwischen Staat und Kirche gebe.“ (24). Beiden Gesprächsteilnehmern war bewußt, daß nach der Begegnung wiederum schwierige „Übersetzungsarbeit“ für den Staats- und Par-teiapparat ebenso wie für die Kirchengemeinden zu leisten sei.

Die einstündige Begegnung am 11. Februar 1985 selbst verlief im abgesprochenen Rahmen und in einer offenen entspannten Atmosphäre. Honecker sprach ohne schriftliches Konzept. Hempel hielt sich zwar genau an seine vorbereitete Ansprache, brachte sie aber abschnittsweise im Gesprächston in den Gedankenaustausch mit Honecker ein. Ein Ziel der Begegnung war es, die Kontinuität der seit dem 6. März 1978 verfolgten Kirchenpolitik in der Öffentlichkeit erneut sichtbar werden zu lassen und den Gesprächsprozeß zwischen Staat und Kirche voran zu bringen. Dem Vorstand ging es aber auch darum, zitierbare und weiterführende Aussagen zu erhalten, auf die sich die Kirchen und Gemeindeglieder im Lande würden berufen können. Die im Gespräch 1978 formulierten Prinzipien der „Gleichberechtigung, Gleichachtung und Chancengleichheit aller Bürger unabhängig von ihrer Weltanschauung“ waren nicht einfach nur wieder ins Gedächtnis zu rufen. Ihre Um-setzung auf allen Ebenen des täglichen Lebens sollte angemahnt werden. Bischof Hempel nahm deshalb die von Gysi einmal gebrauchte Formulierung „handhabbare“ Richtlinien (vgl. S. 38) in seine Ansprache auf. In der vom Sekretariat des Bundes vorbereiteten Pres-severlautbarung wurde bewußt der Satz zitiert: „Wir in der Kirche wünschen uns deshalb für manche Gebiete unseres gesellschaftlichen Lebens handhabbare Richtlinien für die weitere Verwirklichung von Gleichberechtigung und Gleichachtung auch christlicher Bür-ger“. Der Verlauf der Begegnung ermöglichte es, daß der von kirchlicher Seite vorbereitete Text voll in die offizielle Pressemitteilung des Staatsrates übernommen wurde. Der Vor-stand verzichtete deshalb auf eine eigene Presseinformation. Das Sekretariat gab lediglich eine Schnellinformation mit dem Wortlaut der Ansprache von Landesbischof Dr. Hempel an den üblichen Empfängerkreis heraus. Darin wurde besonders hervorgehoben, daß die

Bitte um ein Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden über gegenwärtig anstehende Sachfragen ausdrücklich ausgesprochen wurde, und hinzu gesetzt: „Der Vorsitzende des Staatsrats hat zugesagt, dieser Bitte zu entsprechen“. In meinen vertraulichen, nur den Vorstandsmitgliedern zugänglich gemachten Gesprächsnotizen heißt es noch deutlicher: „Honecker erwidert, daß er gern bereit sei, den Vorstand zu gegebener Zeit zu empfangen, um weitere Sachfragen zu klären“. (25)

Eine solch eindeutige Zusage findet sich in der Pressemitteilung des Staatsrates allerdings nicht. Immerhin gab es ein konkretes Ergebnis nach der Begegnung vom 11. Februar 1985: Am 1. März 1985 wurde nach jahrelangen Verhandlungen die „Vereinbarung über die Rentenversorgung der Diakonissen der Evangelischen Mutterhäuser und Diakoniewerke in der Deutschen Demokratischen Republik“ abgeschlossen. Die Diakonissen waren in die bereits 1980 geschlossene „Vereinbarung über die Rentenversorgung für auf Lebenszeit angestellte Mitarbeiter der Evangelischen Kirchen und deren Hinterbliebene“, für die eine Nachzahlung in Valuta geleistet werden mußte, nicht einbezogen worden. Das besondere Entgegenkommen des Staates bestand darin, daß er in Anerkennung „des lebenslangen aufopferungsvollen Dienstes der Diakonissen für Kranke, Alte und Geschädigte“ auf die Zahlung einer einmaligen Nachversicherungssumme verzichtete. (26)

Im übrigen aber zeigte sich sehr bald, daß man in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen die Zusage Honeckers mit kühler Zurückhaltung aufnahm und ihre Einlösung hinhaltend oder gar nicht betrieb. Als ich am 23. April 1985 die Bitte des Vorstands in Erinnerung brachte und die Vorbereitung eines Sachgesprächs für den Herbst 1985 anmahnte, erklärte mir Hauptabteilungsleiter Heinrich: „... es werde von staatlicher Seite diese Sache nicht billig gemacht werden. Der 6. März 1978 und der 11. Februar 1985 dürften nicht wiederholt werden. Wenn es zum Gespräch käme, müsse es einen neuen Inhalt haben. Die Hauptfrage sei: Was bringt es uns gemeinsam? Aufhänger für das Gespräch könnten auf keinen Fall „Sachfragen“ sein, bei denen Forderungen von staatlicher Seite zu erfüllen wären. Das Gespräch könne nicht stattfinden unter der Pressure, etwas zu erreichen. Solche Sachfragen könnten auf der Ebene des Staatssekretärs verhandelt werden. In solch einem angestrebten Gespräch müßten vielmehr Grundlinien neu gezeichnet werden. Er frage, ob denn die Kirche so weit sei, sich neu zu erklären. Was habe sie denn Neues im Blick auf das Verhältnis Staat - Kirche, im Blick auf den Sozialismus zu sagen?“ (27)

Am 31. Mai 1985 äußerte er sich noch deutlicher zur weiteren Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche: „Die Begegnung am 11. Februar 1985 zwischen dem Staatsratsvorsitzenden und dem Vorsitzenden der KKL habe entgegen der ursprünglichen Absicht der staatlichen Seite einen eigenen Stellenwert bekommen. Sie sei zwar nicht der Begegnung am 6. März 1978 gleichzusetzen, habe aber doch eine sehr hohe Bedeutung. Es scheine so, als ob wir erneut an einer Wegscheide im Verhältnis von Staat und Kirche stünden. Die Stellung der Kirche im Sozialismus habe eine neue Qualität gewonnen. Es müsse daran gearbeitet werden, dies nun auch inhaltlich zu beschreiben.“

Bei der Begegnung am 11. Februar 1985 sei die Bitte um ein Sachgespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden ausdrücklich ausgesprochen worden. Diese Bitte sei vom Staatsratsvorsitzenden auch angenommen worden. Aber ob und wann es dazu komme, stehe ja noch nicht fest. Vor allen Dingen dürfe es im Vorfeld solchen möglichen Gespräches nicht zu neuen Belastungen zwischen Staat und Kirche kommen. ... Es sei im Interesse des Staates wie der Kirche, das bisher Erreichte durch solche Aktionen nicht infrage stellen zu lassen. Vielmehr warte der Staat jetzt auf ein Angebot der Kirche, wie sie ihr Verhältnis zur sozialistischen Gesellschaft inhaltlich neu beschreiben wolle.“ (28) Woran Herr Heinrich dachte, kam unverblümt zum Ausdruck in einer inoffiziellen Bemerkung zwischen Tür und Angel am Ende eines der Routinegespräche in diesen Wochen: „Wann werden sich die Kirchen endlich für den Sozialismus erklären?“. Ich habe auf diese Zumutung nach meiner

Erinnerung nicht geantwortet. Hatte ich gedacht, daß aus allen Gesprächen wie aus allen offiziellen Verlautbarungen der Kirchen den Staatsvertretern klar geworden sein müßte, daß die Kirchen sich zu eigenständiger Mitgestaltung einer gerechteren Gesellschaft, nicht aber zu widerspruchsloser Übernahme des von der Diktatur einer Partei geprägten „real existierenden Sozialismus“ bereit finden könnten, so zeigte mir die ungeschützte Äußerung von Herrn Heinrich erneut, wie weit die Staatspolitik in Kirchenfragen trotz gegenteiliger Versicherungen davon entfernt war, eine selbständige freie Mitarbeitsbereitschaft der Kirchen zu akzeptieren.

In der Bewertung der Begegnung vom 11. Februar 1985 zeichnete sich bereits die in den folgenden Jahren vom Staat verfolgte Hinhalte- und Verzögerungstaktik ab, mit der er den kirchlichen Forderungen nach Sachgesprächen begegnete. Der Vorstand begann trotzdem sofort mit der Vorbereitung eines „Spitzengesprächs“ und beauftragte in der Sitzung am 20. März 1985 das Sekretariat, im Mai eine Themenliste vorzulegen, die Probleme und Zielstellungen benennt. Im Protokoll dieser Sitzung werden bereits folgende Themen aufgezählt: Volksbildung, vormilitärische Ausbildung, Bausoldaten, Baubilanzen, Landwirtschaft, Reisefragen, Kindergärten, Braunkohle, Zusammenleben und Partizipation. (29) Der Themenkatalog, den ich dem Vorstand am 23. Mai 1985 vorlegte, zählte unter den Sammelüberschriften „1. Erziehungsfragen“, „2. Wehrdienstfragen“, „3. Menschenrechtsfragen“, „4. Kirchliche Fragen“, „5. Allgemeine Fragen“ insgesamt 27 Einzelthemen auf. Sie waren zum Teil aus den Gliedkirchen direkt angemeldet worden, andere standen bereits lange an und hatten sich aus der laufenden Arbeit ergeben. Die Fülle und die unverblümete Formulierung der Problemanzeigen verschlug selbst dem Vorstand den Atem. Die Diskussion über die Themenliste war bestimmt von dem Bemühen um Prioritätensetzung, um Abschwächung und diplomatischere Formulierungen. Die Vernichtung der Themenliste bis auf ein Verschlussexemplar wurde gefordert. Am Ende stand der Beschluß: „Der Vorstand empfiehlt, auf der Grundlage der Themenliste weiter zu arbeiten, vor allem „kirchlichere“ Formulierungen zu suchen, die Liste zu reduzieren und mit einer Präambel zu versehen, in der die eigenständige Mitverantwortung der Kirche für das Wohl der Gesellschaft zum Ausdruck kommt. (Anknüpfungen an 6. März 1978 und 11. Februar 1985). Die Liste ist streng unter Verschuß zu halten.“ (30)

Zur Sitzung des Vorstands am 20. Juni 1985 legte Herr Stolpe einen 2. Entwurf vor, den der Vorstand nach nochmaliger gründlicher Überarbeitung als „Vorschlag des Vorstands der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik für ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker“ verabschiedete. Er enthielt in vorsichtigeren Formulierungen eine Auswahl aus dem Themenkatalog. In Anknüpfung an die Gespräche vom 6. März 1978 und vom 11. Februar 1985 wurden sie eingebettet in die Berufung auf die gemeinsame Verpflichtung von Staat und Kirche für Frieden, Internationale Solidarität und für das Wohl der Bürger. Diesen Vorschlag übergab ich am 14. August 1985 dem Staatssekretär für Kirchenfragen mit der Erläuterung, der Vorstand habe sich bemüht, „eine für beide Seiten akzeptable Gesprächsgrundlage zu finden. Wenn er einzelne Fragen wie z. B. die des zivilen Ersatzdienstes nicht aufgeführt habe, bedeute das nicht, daß sie in den Gemeinden und Gemeindegruppen nicht mehr gestellt würden. Es zeige nur die Absicht des Vorstands, sich in dem vorgeschlagenen Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates im Rahmen des gegenwärtig politisch Möglichen zu halten.“ (31)

Gysi sagte schnellste Bearbeitung des Vorschlags zu und stellte in Aussicht, möglichst noch vor der Bundessynode Nachricht über das Ergebnis der Prüfung zu geben. Die ließ jedoch trotz wiederholter Nachfragen auf sich warten. Die Gründe lagen eigentlich auf der Hand. Selbst die diplomatischsten Formulierungen und die wiederholte Versicherung von weitgehender Übereinstimmung in den Zielen zwischen Staat und Kirche konnten die Bri-

sanz der angesprochenen überwiegend gesamtgesellschaftlichen Probleme und die Unterschiedlichkeit der Standpunkte nicht verdecken. In der Auswertung der Dresdener Bundessynode 1985 wurde das von staatlicher Seite, wenn auch nicht unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den Gesprächsvorschlag, unmißverständlich ausgesprochen. Am 10. Oktober 1985 brachte Hauptabteilungsleiter Heinrich alles auf einen Nenner: „Ist die Kirche wirklich ‚Kirche im Sozialismus‘ oder Oppositionsgruppe?“ „Durch ständiges Überziehen der Forderungen und ständiges Wiederholen von Forderungen bringe man das Erreichte in Gefahr. Wer immer wieder das zur Zeit Unmögliche fordere, verspiele das Mögliche.“ (32) Die angeführten Beispiele fanden sich samt und sonders im Gesprächsvorschlag des Vorstands, so daß der Eindruck entstand, es solle mit der Darstellung der gegenwärtigen politischen Situation der Einlösung der von Honecker gegebenen Zusage entgegengewirkt werden. Wie Heinrich äußerte sich Gysi am 15. Oktober 1985 gegenüber dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR. „Gewisse Themen würden überstrapaziert. Die Kirchen träten auf mit einer Aufzählung von Forderungen, die staatlicherseits nicht zu akzeptieren seien.“ (33) Das Fazit für das Jahr 1985 zog Heinrich am 11. November 1985, indem er erklärte, „daß zu einem Gespräch, das der Vorstand wünsche, vor Mai 1986 kaum Gelegenheit und Zeit sein werde. Ob es nach dem Mai 1986 möglich sei, werde sich erst zeigen“. (34) Der Vorstand nahm in seiner Sitzung am 13. Dezember 1985 zur Kenntnis, daß vor dem XI. Parteitag keine Aussicht auf Anberaumung des gesuchten Gespräches bestehe. (35)

5. 1986 – 1987 – Hinhaltspolitik

Anfang Februar 1986 konstituierte sich die V. Bundessynode in Berlin. Landesbischof Dr. Werner Leich wurde zum neuen Vorsitzenden der KKL gewählt. Staatssekretär Gysi ließ verlauten, daß er die neuen Leitungsgremien des Bundes möglichst bald einmal einladen wolle. Auf den immer noch unbeantworteten Vorschlag des Vorstands für ein „Spitzengespräch“ nahm er dabei in keiner Weise Bezug. Die Einladung erging zum 21. März 1986 an den Vorstand der KKL und an das Präsidium der Bundessynode. Der Staatssekretär hatte ursprünglich die Absicht, auch den bisherigen KKL-Vorsitzenden, Landesbischof Dr. Hempel, und den bisherigen Präses der Bundessynode, Siegfried Wahrmann, zu dieser Begegnung einzuladen. Der Vorstand legte jedoch Wert darauf, daß der Charakter dieser Begegnung als eine Art Antrittsbesuch der neuen Leitungsgremien nicht verwischt werde. Es sollte keine Sachverhandlungen geben, sondern höchstens einige Ausführungen über Ziele und Arbeitsprogramm der neuen Leitungsgremien in der nächsten Zeit. Dem Vorstand mußte daran liegen, alles zu vermeiden, was den Anschein erwecken konnte, daß sich das erbetene „Spitzengespräch“ durch Verhandlungen mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen im Grunde erledigt habe. Der Staatssekretär nutzte die Begegnung jedoch zu grundsätzlichen Ausführungen über die Einstellung der Partei zur Kirche und zu einer umfangreichen Analyse der gegenwärtigen politischen Situation. Landesbischof Leich skizzierte die Situation der Kirchen und benannte pauschal einige Themenbereiche, die in künftigen Sachgesprächen behandelt werden müßten. Präses Gaebler und einige andere Vertreter des Bundes ergänzten mit allgemeinen Hinweisen auf weitere anstehende Probleme. An das etwa zweistündige Gespräch schloß sich ein gemeinsames Essen an, zu dem der Staatssekretär in den Johannishof einlud. (36)

Mit der Presseverlautbarung gab es trotz mehrfacher Vorgespräche auf Sekretariatsebene Schwierigkeiten. Den Staatssekretär störte im kirchlichen Textentwurf die Erwähnung der Menschenrechte, die Bitte um ein Gespräch auf höchster Ebene und eine zu negative Darstellung der Probleme bei der Erhaltung kirchlicher Gebäude. Aber es fanden sich Kompromißformulierungen, die von beiden Seiten akzeptiert wurden. Doch die Presseverlautbarung erschien weder am Wochenende noch am darauf folgenden Montag. Statt des-

sen erschien Hauptabteilungsleiter Heinrich beim Vorsitzenden der KKL in Eisenach, um darzulegen, daß sich die politische Situation über das Wochenende so verändert habe, daß der Staatssekretär eine Veröffentlichung seiner die politische Lage recht zuversichtlich beschreibenden Analyse nicht mehr für möglich halte. Außerdem könnte die vereinbarte Pressenotiz den Eindruck erwecken, als seien die Inhalte des vorgesehenen Spitzengesprächs bereits vorweg genommen. Das sei schwierig. Denn das Spitzengespräch sei ja zugesagt und werde stattfinden, wenn auch noch nicht gesagt werden könne, innerhalb welchen Zeitraums. (37) Über eine statt dessen vorgeschlagene Kurzmeldung kam es zu keiner Verständigung. Der Vorstand empfahl darum, auf eine Veröffentlichung überhaupt zu verzichten, was die staatliche Seite sofort akzeptierte.

Die Bemühungen um ein Sachgespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden kamen im Jahr 1986 keinen Schritt voran. Mitte des Jahres gab es einen nicht ganz durchschaubaren Vorstoß der CDU. Am 30. Mai 1986 teilte mir Bischof Gienke vertraulich mit, auf Betreiben des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Wolfgang Heyl wolle die CDU alle Kirchen nach der Wahl zu einer Gratulationscour beim Staatsratsvorsitzenden einladen. Der Vorstand nahm diese Ankündigung bei seiner Sitzung am 4. Juni 1986 mit äußerster Zurückhaltung auf und plädierte dafür, alles zu tun, um eine solche höchst mißverständliche Demonstration nach der Wahl zu vermeiden. Meine Rückfrage bei Hauptabteilungsleiter Heinrich am 10. Juni 1986 ergab, daß in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen von diesem Vorhaben nichts bekannt war. Am selben Tag bestätigte jedoch der stellvertretende Staatssekretär Kalb Bischof Leich gegenüber, daß die CDU tatsächlich diesen Plan verfolge. Sie beabsichtige damit „eine Auflockerung des augenblicklich etwas erstarrten Verhältnisses von Staat und Kirche“. Eine solche Begegnung könne Vorstufe zu einem Sachgespräch sein. (38) Die Sache wurde am 13. Juni 1986 endgültig zu den Akten gelegt durch eine Mitteilung von Herrn Heinrich, der dabei nicht mit Unmutsäußerungen sparte: „Von maßgeblicher, d. h. staatlicher Seite gab es keine Aktivitäten in dieser Sache und wird es keine Aktivitäten geben.“ (39)

Die Bundessynode vom 19. bis 23. September 1986 in Erfurt brachte neue Verstimmungen. Herr Heinrich äußerte, nach der Bundessynode sei der Eindruck entstanden, daß der neue Vorstand und der neue Vorsitzende scheinbar die Linie vom 6. März 1978, die Landesbischof Dr. Hempel weiter verfolgt habe, verlassen wolle. Was solle das ständige Pochen auf Eigenständigkeit? Es entstehe der Eindruck, daß damit Andersartigkeit gemeint sei. Diese Andersartigkeit aber könne nur in Opposition gegen den Staat bestehen. Es sei dringend notwendig, daß der Vorsitzende der KKL regelmäßig das Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen suche. Eine gute Gelegenheit zu einer Begegnung ganz außerhalb des Protokolls böte sich im November des Jahres, wenn der Staatssekretär zu einer Kur in Bad Liebenstein weile. (40)

Am 27. November 1986 fand diese von Herrn Heinrich empfohlene Begegnung in Eisenach auf der Wartburg statt, jedoch nicht ganz außerhalb des Protokolls, weil Bischof Leich darauf bestand, daß ich ihn begleitete. Hauptgegenstand des Gesprächs waren die Irritationen, die auf staatlicher Seite durch Äußerungen von Synodalen auf der Erfurter Bundessynode entstanden waren. Es sei zu fragen, meinte Gysi, ob die Friedensfrage für die Kirche tatsächlich noch erste Priorität habe. Die Bundessynode habe versäumt, sich zu den Vorstellungen über eine neue Friedensordnung zu äußern, die in den Vorschlägen von Gorbatschow enthalten seien. Statt dessen führe sie eine Debatte über ihre Eigenständigkeit und fordere völlige Reisefreiheit, Straffreiheit für Wehrdienstverweigerer, was einer Aufhebung der Wehrpflicht gleich komme, Stilllegung von Kernkraftwerken und ähnliches. Landesbischof Leich konnte nur erneut darauf hinweisen, daß solche Äußerungen auf negative Erfahrungen der Bürger im täglichen Leben und auf Enttäuschungen zurückzuführen seien, daß in letzter Zeit keinerlei Fortschritte in der Lösung anstehender brennender Fra-

gen (Volksbildung, Wehrdienst, ziviler Ersatzdienst, Baufragen usw.) zu beobachten seien. Sachgespräche mit dem Vorstand der KKL seien deshalb dringend nötig. (41) Das Spitzengespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden wurde namentlich in dieser Begegnung nicht angesprochen. Der Vorstand legte jedoch in der Auswertung der Begegnung am 12. Dezember 1986 ausdrücklich fest: „Die für das Spitzengespräch in einem vertraulichen Papier festgehaltenen Punkte bleiben auch für ein Gespräch auf der Ebene des Staatssekretärs verbindlich. ... Generell ist bei der Festlegung der Themenliste zu beachten: Es darf nicht nur um innerkirchliche Belange gehen.“ (42)

Ab Anfang Januar 1987 bemühte ich mich in der Dienststelle des Staatssekretärs um eine Terminfestlegung für das geplante Gespräch zwischen Vorstand und Staatssekretär. Es wurde zunächst für den 27. Februar 1987 angesetzt, konnte jedoch wegen längerer Erkrankung des Staatssekretärs erst am 21. Mai 1987 stattfinden. Der Vorstand nutzte die Zeit zu intensiver Vorbereitung. Bereits am 14. Januar 1987 legte er fest, alle Einzelthemen unter dem Gesichtspunkt des von Gorbatschow in die weltweite Diskussion gebrachten „neuen Denkens“ abzuhandeln. Es sei nach den Konsequenzen dieses neuen Denkens für den Erziehungsbereich, für Wehrdienstfragen, für die Behandlung der Bürger und ebenso für die Lösung einzelner Probleme wie die Erhaltung kirchlicher Gebäude, die Behandlung der kirchlichen Presse oder die Genehmigung einer jährlichen steuerfreien Zuwendung auch an kirchliche Mitarbeiter usw. zu fragen. Am 26. Januar 1987 übergab ich Herrn Heinrich die lange Themenliste. Alle Themen wurden akzeptiert. Herr Heinrich kritisierte jedoch sofort die Beziehung des „neuen Denkens“ auf innenpolitische Fragen. Bei Gorbatschow sei das „neue Denken“ eindeutig auf die Außenpolitik bezogen. Innenpolitische Konsequenzen des „neuen Denkens“ hatte jedoch bereits die Bundessynode in Erfurt im September 1986 eingefordert. Der Vorstand hielt in Übereinstimmung mit der Synode an seiner Linie fest, obwohl Herr Heinrich am 24. April 1987 erneut warnte, daß es unangemessen sei, mit dem Stichwort „neues Denken“ Forderungen in der DDR zu erheben. Man dürfe die Verhältnisse in der UdSSR nicht mit denen in der DDR gleichsetzen. (43)

Dem Vorstand lag vor allem mit Rücksicht auf die Erwartungen der Gemeinden an der Veröffentlichung einer Pressemeldung über das Gespräch. In ihr müßten allerdings die angesprochenen Problemkreise benannt werden wie etwa die Forderung der Mitverantwortung, Partizipation und Mündigkeit der Bürger, Fragen aus dem Bereich der Erziehung und Volksbildung sowie Klärungen im Bereich des Wehrdienstes. Dies kündigte ich am 15. Mai 1987 Herrn Heinrich und Herrn Dr. Wilke an. (44) Am 19. Mai 1987 erläuterte mir Herr Dr. Wilke, daß der Staatssekretär keine Pressemeldung wünsche. Es käme ihm in diesem Gespräch darauf an, die Dinge zusammenzutragen, die gegenwärtig auf der Tagesordnung stünden. Wenn noch keine Lösungen anzubieten seien, wecke die Erwähnung der diskutierten Probleme nur falsche Erwartungen. Man könne am Ende des Gesprächs festlegen, wann mit wem welche Probleme weiter zu beraten seien. Diese Ausführungen veranlaßten mich zu der Frage, ob man dann nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt besser auf das Gespräch verzichten sollte, wenn doch nichts herauskommen könne. Die Themen seien seit langem bekannt. Der Vorstand erwarte ein ergebnisorientiertes Gespräch, nachdem nun 14 Monate seit dem letzten Gespräch vergangen seien. Dem begegnete Dr. Wilke mit der Erklärung, der Staatssekretär wünsche, die gegenwärtige Meinung der staatlichen Stellen darzustellen. Er schloß die Frage an, ob nicht der Vorsitzende der KKL Lösungswege andeuten könne, z. B. Gespräche statt mit dem Volksbildungsministerium mit pädagogischen Instituten oder dem Verlag Volk und Wissen. Die Entscheidung über eine Presseverlautbarung blieb in diesem Vorgespräch offen. Sie sollte abhängig gemacht werden vom Verlauf der Begegnung. (45)

Nach diesen Vorverhandlungen war es nicht verwunderlich, daß der Vorstand am Ende der vierstündigen Begegnung vom 21. Mai 1987 folgendes Fazit ziehen mußte: „Abschlie-

ßend brachte Landesbischof Dr. Leich zum Ausdruck, daß der Vorstand auf Grund vorhergehender Recherchen ein „ergebnisorientiertes“ Gespräch erwartet habe. Es sei jetzt festzustellen: der Vorstand habe dankenswerterweise alle seine Fragen vortragen können. Ergebnisse und Lösungen aber stünden noch aus. Die eigentliche Arbeit stünde noch bevor. Er greife den Vorschlag des Staatssekretärs auf, es müsse eine Reihe von weiterführenden Einzelverhandlungen folgen.“ (46) Die Gemeinden wurden durch eine Schnellinformation des Sekretariats des Bundes über den Verlauf des Gesprächs und die angesprochenen Themen unterrichtet. (47) Die KKL nahm am 4. Juli 1987 Stellung: „Die Konferenz bedauert, daß das Gespräch keine unmittelbar greifbaren Ergebnisse erbrachte. Sie beauftragt den Vorstand und das Sekretariat, die in Aussicht gestellten Einzelverhandlungen dringlich zu betreiben.“ (48) Statt von „Einzelverhandlungen“ sprach der stellvertretende Staatssekretär Hermann Kalb allerdings schon am 21. Mai 1987 von „Informationsgesprächen“. (49)

Die weitere Bearbeitung der am 21. Mai 1987 aufgeworfenen Fragen ließ sich wider Erwarten überraschend gut an. Die politische Gesamtsituation, vor allem der Stand der innerdeutschen Beziehungen zu diesem Zeitpunkt spielte vermutlich eine nicht unwesentliche Rolle. Der Besuch Honeckers in der Bundesrepublik war geplant (7.–11. September 1987), der Olof-Palme-Friedensmarsch für einen atomwaffenfreien Korridor wurde vorbereitet (1.–18. September 1987), und der Staatssekretär überlegte, wann er der Einladung zu einem Besuch des Ökumenischen Rates in Genf folgen sollte. Vor diesem Hintergrund war der staatlichen Seite an möglichst unbelasteten Beziehungen zur Kirche gelegen. Wenigstens wartete Herr Heinrich am 23. Juni 1987 bei der Auswertung des Gesprächs vom 21. Mai 1987 nicht, wie es sonst häufig der Fall war, mit Situationsanalysen und allgemeinen Darlegungen zum Staat-Kirche-Verhältnis auf, sondern ging anhand eines ihm vorliegenden Protokolls auf alle Fragen des Vorstands mit 16 konkreten Einzelvorschlägen ein. (50) Darauf fußend glaubte der Vorstand bei seiner Gesprächsauswertung am 26. Juni 1987 damit rechnen zu können, „daß es zu konkreter Behandlung von Sachfragen kommen wird.“ (51) Er formulierte eigene Vorschläge für weitere Verhandlungen und benannte Verantwortliche für die zu bildenden Gesprächsgruppen.

So schnell wie erwartet ging es dann allerdings doch nicht voran. Erst unter dem Druck der unmittelbar bevorstehenden Bundessynode bot Staatssekretär Gysi in einem kurzfristig anberaumten Vieraugengespräch mit Landesbischof Leich am 5. September 1987 vier „Informationsgespräche“ an. Er sah sich genötigt, den Begriff „Informationsgespräche“ zu interpretieren: „Er ist das Gefäß für Gespräche von Mitgliedern der Konferenz der Kirchenleitungen, vorwiegend des Vorstands, mit dem Staatssekretär unter Hinzuziehung von leitenden Mitarbeitern anderer Ministerien oder Institutionen.“ (52) Begonnen werden sollte mit einem Gespräch über Wehrdienstfragen in Gegenwart von Generaloberst Brünner, der für die Bausoldaten zuständig sei. Ausgangspunkt solle die neue Militärdoktrin sein. Dieses Gespräch sowie drei weitere über das sozialistische Bildungswesen, über Schulbücher unter Einbeziehung der Rahmenordnung für Kindergärten und über die Bearbeitung von Eingaben und die Durchsetzung der sozialistischen Demokratie würden verbindlich zugesagt.

Am 10. September 1987 hatte ich mit Abteilungsleiter Dr. Wilke über Termine, Reihenfolge und endgültige Themenfestlegung zu verhandeln. Da dem Staatssekretär nach Aussage von Dr. Wilke ein Fehler unterlaufen sei, als er das Gespräch über Schulbücher anbot, solle statt dessen das Thema kirchliche Presse in die erste Gesprächsreihe aufgenommen werden. Außerdem würde noch ein Gespräch über die Rechtspraxis vorbereitet. Ich schlug schließlich folgende Reihenfolge vor, die Herr Dr. Wilke akzeptierte: 1. Wehrdienstfragen (November 1987), 2. Eingaben (Dezember 1987), 3. Erziehungsbereich (Januar 1988), 4. Kirchliche Presse. (53) Am 15. Oktober 1987 stimmte der Vorstand den vier Informationsgesprächen zu und machte der KKL Vorschläge für die Zusammensetzung der Gesprächs-

gruppen. Gleichzeitig beschloß er, das Gespräch über die kirchliche Presse vorläufig auszusetzen, da zunächst eine interne Meinungsbildung darüber im Bischofskonvent erfolgen müsse. (54)

Vom 19. bis 22. September 1987 tagte die Bundessynode in Görlitz und verhandelte u. a. die Themen „Bekennen in der Friedensfrage“ und „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“. Am 19. Oktober 1987 eröffneten mir Herr Heinrich und Herr Dr. Wilke, daß nach dieser Synode die Voraussetzungen für die angebotenen Informationsgespräche nicht mehr gegeben seien. Äußerungen auf der Bundessynode hätten den Anschein erweckt, die angebotenen Informationsgespräche sollten in Verhandlungen umfunktioniert werden, die die von der Kirche erhobenen Forderungen zum Ergebnis haben müßten. Außerdem habe die öffentlich von der Vizepräsidentin der Bundessynode ausgesprochene negative Beurteilung des Informationsgesprächs über „Atomsicherheit, Strahlenschutz und Kernenergie“ mit Professor Dr. Sitzlack am 2. September 1987 die Basis für vertrauensvolle Gespräche mit Gesprächspartnern aus anderen Ministerien zerstört. Es müsse jetzt zunächst mit dem Präsidium der Synode und dem Vorstand Klarheit darüber geschaffen werden, was Trennung von Kirche und Staat bedeute und was Kooperation und Mitspracherecht der Kirche heiße. Auf meinen Einwand, daß der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR nach außen von der Konferenz und nicht vom Präsidium der Synode vertreten werde, also zu fragen sei, was der Staatssekretär mit einem Gespräch mit dem Präsidium der Bundessynode bezwecke, ließ Gysi auf eine während des Gesprächs von Dr. Wilke übermittelte Rückfrage ausrichten, er werde den Vorstand einladen, dem es frei stehe, außer dem Präses weitere Präsidiumsmitglieder hinzuziehen. (55)

Am 6. November 1987 vertrat Gysi selbst die von Hauptabteilungsleiter Heinrich dargelegte Linie in einem Gespräch mit Bischof Leich. Gleichzeitig aber fragte er an, welche Bilanz gemeinsam am 6. März 1988 im Rückblick auf das Spitzengespräch am 6. März 1978 gezogen werden könne. Die Antwort des KKL-Vorsitzenden ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: Wenn die Gespräche nicht stattfinden, ist zum 6. März 1988 nichts Weiterführendes zu erwarten! Doch auch das veranlaßte den Staatssekretär nicht zum Einlenken. Seine Situation war klar: „Sie überfordern mich. Ich kann im Augenblick nicht mehr sagen.“ (56) Der Honecker-Besuch in der Bundesrepublik war vorüber. Anlaß zu besonderer Rücksichtnahme auf die Kirchen schien nicht mehr zu bestehen. Der Staatssekretär hatte die Beschlüsse der Partei durchzuführen. Die KKL zeigte sich betroffen über die Absage der Gespräche und erklärte, sie sehe „darin einen Widerspruch zu der in den letzten Jahren praktizierten Kirchenpolitik“. Außerdem wies sie ausdrücklich alle „Differenzierungsversuche zwischen Synode, Präsidium, Konferenz oder Bischöfen zurück“. (57) Eine Brücke blieb erhalten. In allen Verlautbarungen wurde davon gesprochen, daß die Informationsgespräche zunächst *verschoben* seien. Es fanden im Jahr 1987 auch noch zwei Gespräche auf untergeordneter Ebene statt. Am 1. Dezember 1987 gab es ein Vorbereitungsgespräch für das geplante „Informationsgespräch Wehrdienstfragen“, am 14. Dezember ein Gespräch zu Fragen der Veranstaltungsverordnung. Ab November 1987 aber wurde alles überlagert von den Auseinandersetzungen um die Durchsuchung der Umweltbibliothek der Berliner Zionsgemeinde in der Nacht vom 24./25. November. Verschärft wurde die Entwicklung durch die Ereignisse am Rande der Liebknecht/Luxemburg-Demonstration am 17. Januar 1988 in Berlin und die darauf folgenden Verhaftungen von Mitgliedern der Bürgerrechtsgruppen. In den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche rückte damit immer mehr die Frage nach dem Verhalten der Kirche zu den Gruppen.

6. 3. März 1988 – Handlungen mit Signalwirkung für Zukunftserwartung

Die KKL befand sich Anfang 1988 in einer zwiespältigen Lage. Das Verhältnis zu den Gruppen, die sich unter dem Dach der Kirche sammelten, war generell nicht geklärt. (58) Es gab erhebliche Spannungen. Einzelne Gemeinden boten Raum für Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen und für Veranstaltungen mit oppositionellen Künstlern wie Stephan Krawczyk und Freya Klier. Gruppen von Ausreisewilligen nutzten Gottesdienste der Gemeinden wie z. B. der Berliner Sophiengemeinde, um sich zu treffen. Die meisten Forderungen, die die Gruppen erhoben, standen seit langem auf der Themenliste der KKL, die in den immer wieder angemahnten Gesprächen mit dem Staat verhandelt werden sollten. Die erste Ökumenische Versammlung der Kirchen in Dresden (12.–15. Februar 1988) brachte viele der brisanten Themen öffentlich zur Sprache. Doch die KKL hielt an ihrer Gesprächsstrategie fest und suchte weiter das Gespräch mit den Staatsvertretern unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Provokatorische Aktionen lehnte sie ab. Um ihrer eigenen Identität willen mußte sie immer wieder daran erinnern, daß alles, was in der Kirche geschieht, sich prüfen und messen lassen muß am Evangelium, das sie zu verkündigen hat. Landesbischof Leich hatte das in eine eingängige Regel gefaßt: „Die Kirche ist für alle da, aber nicht für alles“. Bekannt war, daß die Kirchen seit eh und je zum Bleiben in der DDR ermutigt hatten und sich nur in schwerwiegenden menschlichen Härtefällen für Ausreisewillige einsetzten. „Wer verändern will, muß bleiben.“ (59) Sie konnten das Gespräch mit den Staatsorganen auch nicht abbrechen lassen, weil sie für viele alltägliche Vorgänge und für besondere Vorhaben wie z. B. die vier für 1988 geplanten regionalen Kirchentage die Genehmigung und Unterstützung staatlicher Stellen brauchten.

Die staatliche Seite war ebenfalls in einer schwierigen Situation. Auch nach dem Honecker-Besuch in der Bundesrepublik sah sie sich zu außenpolitischer Rücksichtnahme genötigt. Öffentlich ausgetragene Differenzen mit der Kirche sollten möglichst vermieden werden. Die in Aussicht gestellten Gespräche mit der Kirche waren abgesagt worden. Aber am 11. Februar 1988 erklärte Gysi selbst, „die Sprachlosigkeit zwischen Staat und Kirche, in die man jetzt geraten sei, müsse überwunden werden.“ (60) Dafür gab es einen konkreten Anlaß. Honecker plante für Mitte Juni 1988 ein „Internationales Treffen für kernwaffenfreie Zonen“ in Berlin. Dafür suchte er die Unterstützung kirchlicher Persönlichkeiten. Der Staatssekretär legte also dar, die Mitwirkung von Landesbischof Leich im Vorbereitungskomitee sei eine sehr gute Gelegenheit zu einem Kontakt mit dem Vorsitzenden des Staatsrates. „Eine bessere Vorbereitung der ‚Wiederaufnahme von Beziehungen‘ könne man sich nicht denken. Man könne wieder alles ordnen.“ Er werde Landesbischof Leich die Einladung des Staatsratsvorsitzenden übermitteln und bäte um Vorinformation. (61)

Für diese Übermittlung wurde der 16. Februar 1988, 14.00 Uhr, in Eisenach vorgesehen. Doch am 16. Februar um 13.00 Uhr teilte die Dienststelle des Staatssekretärs telefonisch mit, der Staatssekretär werde nicht kommen. Um 17.00 Uhr desselben Tages übermittelte Hauptabteilungsleiter Heinrich statt dessen die Einladung zu einem Gespräch mit Politbüromitglied Dr. Werner Jarowinsky und Staatssekretär Gysi am 19. Februar, 11.00 Uhr, im Gebäude des Zentralkomitees der SED. Am 18. Februar wurde umbestellt: Das Gespräch fände doch nicht im Gebäude des Zentralkomitees statt, sondern im Staatsratsgebäude, 10.55 Uhr, Haupteingang. Am 19. Februar, 9.30 Uhr, bat mich Staatssekretär Gysi zu sich, um „vorzuwarnen“, wie er sagte. Es gehe heute eigentlich nicht um ein Gespräch, sondern um die Entgegennahme einer Erklärung zur augenblicklichen Situation zwischen Staat und Kirche und zu Vorgängen in der Kirche und um die Kirche. Dr. Jarowinsky wolle den gemeinsamen Standpunkt von Partei und Regierung zu diesen Fragen übermitteln. Es werde dem Vorsitzenden der KKL nicht zugemutet, sofort darauf zu antworten. Der Text würde zwar nicht schriftlich übergeben. Aber es käme doch sehr darauf an, die Erklärung den

Kirchen genau zu übermitteln. Deshalb stünde mir Hauptabteilungsleiter Heinrich nach der Begegnung zur Verfügung, damit ich meine Nachschrift anhand des Redetextes von Dr. Jarowinsky ergänzen und unter Umständen berichtigen könne. Außerdem stehe er selbst, Gysi, zu einem Nachgespräch zur Verfügung. Im übrigen sollten wir verstehen, daß die Verlegung der Begegnung vom ZK-Gebäude in das Staatsratsgebäude ein Zeichen sei. Er habe seinen Genossen erst klar machen müssen, welchen Eindruck es in der Öffentlichkeit und im Ausland hervorrufen würde, wenn der Vorsitzende der KKL ins ZK-Gebäude bestellt werde. Langfristig könne durch diese Begegnung im Staatsratsgebäude ein anderes Treffen vorbereitet werden! Der KKL-Vorsitzende solle den Wunsch danach ruhig aussprechen. (62)

Es kam wie angekündigt. Die Einladung erwies sich als Vorladung, auf die der KKL-Vorsitzende sofort deutlich betroffen reagierte. Dr. Jarowinsky verlas eine mehrseitige Erklärung. Darin wurde der Kirche vorgeworfen, sie verletze ständig das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat, halte die Rechtsordnungen der DDR nicht ein und entwickle sich immer mehr zu einer Oppositionspartei. Wie die Ökumenische Versammlung in Dresden zeige, lenke sie auf Nebenschauplätze ab. Statt über Friedenssicherung und Abrüstung zu beraten, werde beispielsweise über Abschaffung von militärischem Spielzeug geredet. Die Kirchenleitungen und kirchenleitende Persönlichkeiten schwiegen und ließen es an eindeutigen Klarstellungen fehlen, um Grenzüberschreitungen abzuwehren. Dagegen seien sie in Interviews mit westlichen Medien sehr beredt. Mit allem verlasse die Kirche die Linie, die seit dem 6. März 1978 das Verhältnis von Staat und Kirche bestimmt und gute Erfolge gebracht habe. Die heutige Erklärung von Partei und Regierung wolle der Kirche die Möglichkeit geben, selbst in den eigenen Reihen Ordnung und Klarheit zu schaffen und so zum bewährten Kurs vom 6. März 1978 zurückzukehren.

Der KKL-Vorsitzende hielt in einer kurzen Antwort dagegen, die Trennung von Kirche und Staat könne nicht bedeuten, daß sich die Kirche den Anliegen der Menschen und ihren gesellschaftlichen Belangen entziehe. Sie sei immer an den ganzen Menschen mit allen seinen Lebensbezügen gewiesen. Die Probleme, die gegenwärtig in der Öffentlichkeit aufbrächen, hätte die Kirche seit Jahren benannt und Sachgespräche darüber gesucht. Diese seien verweigert worden. Jetzt müsse die Kirche eine Stellvertreterrolle spielen, die sie selbst gar nicht wünsche, weil Staat und Gesellschaft den Bürgern keine Möglichkeit für einen offenen Dialog böten. Auch die Kirche habe die Hoffnung, daß das Gespräch zwischen Staat und Kirche im Sinne des 6. März 1978 fortgeführt werde, vielleicht durch eine erneute Begegnung mit dem Staatsratsvorsitzenden, der sich immer mit hohem persönlichen Engagement für die Gestaltung eines positiven Verhältnisses zwischen Staat und Kirche eingesetzt habe. (63)

Die Erklärung sollte nach staatlicher Vorstellung zwar möglichst genau den Kirchen übermittelt werden. Aber veröffentlicht werden sollte sie nicht. Entsprechend der Vorankündigung Gysis legte mir Hauptabteilungsleiter Heinrich nach der etwa einstündigen Begegnung den Text der Erklärung vor und half, meine Nachschrift daran zu überprüfen. Im Nachgespräch in den Mittagsstunden teilte Gysi auf Nachfrage mit, die Erklärung werde nicht veröffentlicht, aber an die Kreissekretäre der SED weiter geleitet. Das genüge, um eine Reihe von örtlichen Staatsorganen sofort tätig werden zu lassen. In Thüringen wurden bereits am Abend des 19. Februar Superintendenten von den örtlichen Organen einbestellt, um ihnen die Erklärung bekannt zu machen. Es kam auch vereinzelt zu Versammlungen mit scharfen Angriffen gegen die Kirche und den KKL-Vorsitzenden. Das veranlaßte den Bund, meine Nachschrift am 22. Februar 1988 per Kurier als vertraulichen Vermerk an die Gliedkirchen zur Unterrichtung der Superintendenten und an die Mitglieder der KKL weiter zu geben. Auf die Dauer war die Vertraulichkeit nicht zu wahren. Immerhin dauerte es bis zum Herbst 1988, bis Basisgruppen die Texte bei den Montagsandachten in der Leipzi-

ger Nikolaikirche verteilen. In der westlichen Presse wurden sie im vollen Wortlaut gedruckt. (64) Ich war seitdem zurückhaltender mit der Abfassung und Weitergabe von Vermerken und beließ es häufiger bei meinen stenografischen Notizen, anhand deren ich in Vorstand, Referentenkollegium und KKL berichtete.

Doch bereits die mündlichen Informationen über den Inhalt und die Form, in der die Erklärung der Kirche mitgeteilt worden war, genügte, um die Verstimmung auf beiden Seiten zu vertiefen. Gysi erklärte zwar in dem schon erwähnten Nachgespräch, daß sehr wohl verstanden worden sei, was der KKL-Vorsitzende über die Stellvertreterrolle gesagt habe, in die die Kirche gegenwärtig gedrängt werde. Auch auf den Staatssekretär für Kirchenfragen würden jetzt Dinge abgeschoben, die eigentlich Sache der FDJ oder der Volksbildung usw. wären. Das Gespräch mit Dr. Jarowsky habe aber hoffentlich die Zeit der Sprachlosigkeit beendet. Im Blick auf den 6. März 1988 allerdings wolle er sich zur Zeit zurückhalten. Auf die Forderung der Sach- bzw. Informationsgespräche oder gar ein mögliches „Spitzengespräch“ ging er jedoch in diesem Nachgespräch mit keiner Silbe ein. (65)

Eine besondere öffentliche Würdigung der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche seit dem „Spitzengespräch“ vom 6. März 1978 war nach diesen Vorgängen kaum noch zu erwarten. Unerwartet ergriff in dieser Situation Honecker selbst die Initiative. Während der Sitzung des Vorstands am 24. Februar 1988 erhielt Landesbischof Leich von Staatssekretär Gysi telefonisch die Einladung zu einem Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden am 3. März 1988, 11.00 Uhr. Näheres wurde nicht mitgeteilt. Gysi übermittelte nur, daß außer Honecker und Leich der Leiter der Kanzlei des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Staatssekretär Frank Joachim Hermann und ich teilnehmen sollten. Auffällig war, daß eine Teilnahme von Gysi anscheinend nicht in Betracht gezogen wurde. Der Vorstand beauftragte mich, Ort, Dauer und Modalitäten des Gesprächs zu klären und rechtzeitig für den Entwurf einer Presseerklärung zu sorgen. Außerdem sollte eine Liste der anstehenden Probleme vorbereitet werden, die zwar in dem Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden nicht alle erwähnt, aber in erneut zu erbittenden weiteren Gesprächen verhandelt werden müßten. Eine gründliche Aufbereitung der Sachthemen war anders als 1978 bei der kurzfristigen Einladung nicht möglich. Es konnte nur auf die dem Staatssekretär am 21. Mai 1987 ausführlich vorgetragenen Fragenkomplexe zurückgegriffen werden. Waren am 6. März 1978 vorwiegend die Gleichberechtigung und Gleichachtung der Christen in der Gesellschaft und kirchliche Einzelprobleme thematisiert worden, so stand diesmal von vornherein fest, daß die Gelegenheit eines Gesprächs mit dem Staatsratsvorsitzenden genutzt werden mußte, um die akuten Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung, die viele Bürger beunruhigten, zur Sprache zu bringen.

Die Vorbereitung gestaltete sich schwierig, teilweise chaotisch. Am 26. Februar 1988 konnte ich über den Staatssekretär für Kirchenfragen lediglich erfahren, daß der Termin 3. März 1988, 11.00 Uhr, noch feststehe und daß der Staatssekretär davon ausgehe, daß die Begegnung sich im Rahmen der Begegnung mit Landesbischof Hempel 1985 halten werde. Die Protokollabteilung des Staatsrates vermochte mir am 29. Februar darüber hinaus keine weiteren Einzelheiten mitzuteilen. Dafür erschien am Abend des 29. 2. 1988 ein Vertreter des Staatssicherheitsdienstes bei mir, um über die Vorbereitung des Gesprächs mit dem Staatsratsvorsitzenden zu sprechen. Honeckers Ziel sei es, ließ er verlauten, Mißverständnisse auszuräumen, die in den letzten Monaten durch Ereignisse unter dem Dach der Kirche entstanden seien. Ihm läge daran, zu klären, ob die Kirche noch zu den Grundsätzen vom 6. März 1978 stehe oder eine Alternative dazu sähe. Er wolle über Grundorientierungen sprechen, nicht über Einzelfragen, die mit dem Staatssekretär zu klären seien. Die Trennung von Kirche und Staat müsse in allem gewahrt bleiben. Es dürfe keine gegenseitige Bevormundung geben. Die Kirche möge unmißverständlich erklären, was sie für ihre Aufgabe halte. Sie möge in eigener Zuständigkeit in den eigenen Reihen und Räumen klare

Verhältnisse schaffen. Aber wolle sie das überhaupt? Der Staatsratsvorsitzende erhoffe auch Antwort auf die Frage, wie die Kirche zur Friedenspolitik der DDR stehe, speziell zu seinem Vorschlag eines Internationalen Treffens für kernwaffenfreie Zonen. Schließlich deutete der Herr von der Staatssicherheit noch einige Probleme an, die vielleicht in absehbarer Zeit lösbar seien und darum vom KKL-Vorsitzenden deutlich angesprochen werden könnten: ziviler Ersatzdienst im humanitären Bereich, offensiver Einsatz von DDR-Medien bei kirchlichen Veranstaltungen, Reisen aus religiösen Gründen. Vielleicht könne die Kirche zur Lösung der Probleme mit den Ausreisewilligen beitragen, indem sie deutlich erkläre, daß sie nur humanitäre Gründe gelten lasse. (66)

Am 2. März konnte dann auch Staatssekretär Gysi etwas über Rahmen und Inhalt der Begegnung mitteilen. Er übermittelte, das Gespräch mit Honecker bedeute keine Aufhebung der Erklärung von Jarowinsky. Es würden vom Vorsitzenden der KKL auch Antworten zu den Fragen erwartet, die Jarowinsky gestellt habe. Aber es würde diesmal keine „Verlesung“ geben, sondern ein Gespräch in sachlicher, aufgeschlossener und konstruktiver Atmosphäre werden. Ob es ein gemeinsames Kommuniqué geben werde, hänge vom Verlauf des Gespräches ab. Zur Abstimmung einer Presseverlautbarung stehe er zur Verfügung. In seiner einführenden Rede werde Honecker das Friedensengagement der Kirchen und die guten Erfahrungen im Lutherjahr 1983 sowie die positiven Folgen des Gesprächs vom 6. März 1978 würdigen und die Gemeinsamkeit von Christen und Nichtchristen bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft betonen. Freimütiges Gespräch und konstruktiver Dialog sollten auch künftig die normale Form für den Verkehr zwischen Kirche und Staat sein, ohne daß es zu gegenseitiger Einmischung kommen dürfe. Dann empfahl der Staatssekretär noch, nicht zu viel von „Bürgern“ zu reden (die Kirche sei doch für die Christen da!) und zu erklären, daß die Kirche die Probleme der Ausreisewilligen nicht auf ihren Tisch ziehen wolle. (67)

Über das 2 ¼ stündige Gespräch gab es keine gemeinsame Verlautbarung. Das war nach dem Verlauf nicht möglich. Es wurde zwar von beiden Seiten die Form gewahrt, so daß es in der Information des Bundes heißen konnte: Das Gespräch „verlief in einer sachlichen, offenen und freimütigen Atmosphäre“. Aber es war unübersehbar, wie sehr sich Honecker durch Leichs Darstellung der die Bürger beschwerenden Zustände in der DDR verärgert und getroffen fühlte. Seine Entgegnung ließ Souveränität vermissen. Er entgegnete im Stil der alles schön redenden DDR-Medien. Seine Ausführungen zu den konkret angesprochenen Problemen ließen erkennen, wie erschreckend fern der Alltagswirklichkeit der DDR er lebte und dachte. (68) Gysi bezeichnete Leichs Rede im Nachgespräch über Möglichkeiten einer gemeinsamen Presseverlautbarung als „das große Halali“. Unser Textvorschlag war nicht akzeptabel, weil er Probleme im Detail benannte. Es blieb also bei einer Pressemeldung des Staatsrats, die im wesentlichen Honeckers Darlegungen und die Übereinstimmungen zwischen Staat und Kirche wiedergab. Ich kündigte an, daß wir unsere Gemeinden genauer und vollständiger informieren müßten. (69)

Am 3. März nachmittags wurde die KKL auf einer Sondersitzung über das Gespräch informiert. Danach gab das Sekretariat eine Schnellinformation mit dem vollen Wortlaut der Rede des KKL-Vorsitzenden heraus. Nach kurzer einleitender Würdigung der Friedenspolitik Honeckers und des Gesprächs vom 6. März 1978 konzentrierte sich der Bischof ausschließlich auf Fragen, die „aus dem gesellschaftspolitischen Bereich kommen“, mit denen sich die Kirche stellvertretend für Staat und Gesellschaft auseinandersetzen müßte, „weil die eigentlichen Adressaten keine Bereitschaft zum Dialog“ signalisierten. Als Konfliktpunkte wurden u. a. genannt der formalistische, administrative Umgang mit den Bürgern statt argumentativer Begründung von Behördenentscheidungen, eine unrealistische beschönigende Medienpolitik, Undurchsichtigkeit der Kriterien für Besuchsreisen, was das Gefühl der Rechtsunsicherheit bei den Bürgern hervorrufe. Der KKL-Vorsitzende bat er-

neut um die Durchführung der Informationsgespräche über Fragen des Wehrdienstes, des zivilen Wehrersatzdienstes, des Bildungswesens und des Umgangs mit dem Bürger. Das würde eine „Signalwirkung für die Zukunftserwartung vieler Bürger“ auslösen. (70)

Nach der Veröffentlichung der Rede Leichs sah sich die Partei genötigt, die offizielle Pressemeldung durch eine achtseitige Information zu ergänzen, die außer einer Zusammenfassung der Ausführungen Honeckers seine Stellungnahmen zu den von Landesbischof Leich aufgeworfenen Fragen enthielt. Sie vermittelte der Partei eine übersichtliche Zusammenfassung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Konfliktpunkte mit dem Schlußtenor, „daß eine weitere günstige Entwicklung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche nicht nur ein Beitrag zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR ist, sondern auch zum Frieden.“ (71)

Von einer „weiteren günstigen Entwicklung“ konnte indes zu diesem Zeitpunkt nicht die Rede sein. Am 6. März 1988 erläuterte Bischof Leich das Gespräch vom 3. März 1988 in einem schon länger vereinbarten Interview im Fernsehen der ARD. Das vertiefte die Verstimmung auf Seiten des Staates. Ausgerechnet am 6. März kam es außerdem vor der Berliner Sophienkirche zu Übergriffen der Polizei, die Ausreisewillige an der Teilnahme des Gottesdienstes hindern wollten. Wiederholte Eingriffe in die Arbeit der Kirchenzeitungen brachten weiteren Zündstoff. Intern zog der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR Bilanz mit der Herausgabe einer Arbeit von Bischof i. R. Dr. Werner Krusche „6. März 1978 – 1988 ein Lernweg“. Im übrigen erwies sich der 10. Jahrestag des Gesprächs vom 6. März 1978 nicht als ein Jubiläumstag, der zu stolzen Bilanzen veranlaßte. Die anfänglichen Erwartungen von Staatssekretär Gysi wurden vollständig enttäuscht. Die Vorgänge bei der Vorbereitung des Treffens am 3. März 1988 ließen schon ahnen, daß die Stellung des Staatssekretärs ins Wanken geraten war. Der Vertreter der Staatssicherheit, der sich in diese Vorgänge eingeschaltet hatte, ließ vorsichtig einige abfällige Bemerkungen über die Zustände in der „Maternstraße“ fallen und deutete an, daß wir dort bald einen besseren Gesprächspartner finden würden. Bei der Verabschiedung am 3. März bemerkte Honecker: „Der Staatssekretär für Kirchenfragen sei im übrigen diesmal nicht dabei gewesen, weil zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß es nicht alleine um einzelne Fragen der Kirche in dieser Begegnung gegangen sei.“ (72) Am 13. Juli 1988 wurde Klaus Gysi sang- und klanglos entlassen und durch Staatssekretär Kurt Löffler ersetzt.

Löffler war in den Kirchen des Bundes nicht unbekannt. Als Sekretär des staatlichen Lutherkomitees hatte er sich durch zuverlässige Organisation und Entgegenkommen bei einigen Kirchenvertretern ein gewisses Zutrauen erworben. Am Stil der Gespräche änderte sich grundsätzlich nicht viel. Stets war bei den Gesprächen mit dem Staatssekretär am Anfang eine längere Einschätzung der gegenwärtigen politischen Situation anzuhören. Sie war bei Löffler etwas kürzer als bei seinem Vorgänger, dafür desto langweiliger, weil ihr auch der geringste Anflug von Esprit und Humor fehlte, die die langen, manchmal überlangen Reden Gysis immer noch erträglich machten. Statt abweicherlicher Ideen, die man bei Gysi manchmal zu hören bekam, hatte er u. U. taktische Schliche anzubieten nach dem Motto „Das regeln wir unter uns Männern!“.

In den Sachfragen kamen wir in der letzten Phase Gysis und in der Anfangsphase Löfflers keinen Schritt voran. Der Vorstand gab allerdings nicht auf. Wir machten weiter mit den alten Begriffen und mit den alten Formeln „Kirche im Sozialismus“ und „Grundsätze vom 6. März 1978“, obwohl immer offensichtlicher wurde, daß sie zu einer Art von Beschwörungsformeln geworden waren, die nichts mehr bewegten. Es fehlte eine neue Strategie. Aber wir sahen noch keine Alternative. Bei der Auswertung der Reaktionen auf das Gespräch vom 3. März 1988 am 13. April 1988 beauftragte mich also der Vorstand, „an den Staatssekretär für Kirchenfragen heranzutreten mit der Bitte, die Informationsgespräche nunmehr unverzüglich in Gang zu bringen“. (73)

Wieder begann die Reihe erfolgloser Anmahnungen der Gespräche. „Der Staatsratsvorsitzende hätte sich am 3. März 1988 dafür auch offen gezeigt“, argumentierte ich am 12. Mai 1988 in etwas beschönigender Auslegung der Begegnung. Herr Heinrich konterte, „er lege Wert darauf festzustellen, daß der Staat die Informationsgespräche nicht abgebrochen habe.“ Angeboten worden sei ein Gespräch über die Militärdoktrin. Doch es habe keine Einigung über die Modalitäten gegeben. Ein Gespräch über Wehrdienstfragen unter Beteiligung des Ministeriums für Nationale Verteidigung aber sei eben zur Zeit nicht möglich. (74) Am 10. Juni 1988 hieß es, mit der Dialogbereitschaft könne in der gegenwärtigen Situation leicht Mißbrauch getrieben werden. Darum sei gegenwärtig größte Zurückhaltung geboten, „gerade um die Möglichkeiten einer weiteren kontinuierlichen Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche nicht weiter zu gefährden.“ (75) Der Dienstantritt von Staatssekretär Löffler und das Gespräch beim Antrittsbesuch des KKL-Vorsitzenden am 10. August 1988 brachte die Informationsgespräche ebenfalls nicht in Gang, obwohl der Staatssekretär erklärte, „auch weiterhin bleibe das offene Gespräch der einzig sinnvolle Weg zur Klärung unterschiedlicher Positionen“. (76)

Die verhältnismäßig ruhig verlaufene Bundessynode vom 16. bis 20. September 1988 in Dessau nahm die Forderung der KKL auf und erklärte: „Die Synode ist überzeugt, daß die künftige Entwicklung in unserem Lande von Dialogfähigkeit und Dialogbereitschaft in Kirche und Gesellschaft wesentlich abhängt: Wir müssen miteinander reden lernen, damit wir miteinander leben können. Die persönliche und öffentliche Auseinandersetzung über den künftigen Weg unserer Gesellschaft, aber auch unserer Kirche, darf keinen Lebensbereich ausklammern.“ Sie forderte erneut Gespräche über Bildungswesen, Wehrdienst und Umgang der staatlichen Stellen mit dem Bürger. (77) Ärger bereitete Bischof Leichs auf der Synode ausgesprochene Forderung einer „Gesellschaft mit menschlichem Angesicht“. Honecker ging darauf ohne Namensnennung bei einer Rede zum 35. Jahrestag der Kampfgruppen am 25. September 1988 mit deutlichen Äußerungen des Mißfallens ein. (78) Staatssekretär Löffler sagte nach der Bundessynode seinen für den 23. September vorgesehenen Besuch bei Landesbischof Leich in Eisenach ab. (79)

Am 26. Oktober 1988 wurde ich im Auftrag des Vorstands wiederum bei Löffler vorstellig, um auf den Beginn der Gespräche, wie immer sie bezeichnet werden mögen, zu drängen. Löffler sorgte für einen kleinen Überraschungseffekt. Er fragte, „worum es denn in solchen Gesprächen gehen solle“. Ich überreichte ihm daraufhin eine Kopie der Schnellinformation des Bundes über das Gespräch zwischen Vorstand und Staatssekretär für Kirchenfragen vom 21. Mai 1987 mit dem Hinweis, daß spätestens seit diesem Zeitpunkt bekannt sein müßte, worüber die Kirchen mit den Vertretern des Staates zu sprechen wünschten. Außerdem seien seitdem eine ganze Serie von Vorgesprächen geführt und für bestimmte Gespräche bereits feste Zusagen gegeben worden. Löffler sagte schließlich „Prüfung“ zu, ohne sich festzulegen. (80)

Überschattet wurden in der zweiten Hälfte des Jahres 1988 alle Versuche, zu den geplanten Sach- oder Informationsgesprächen zu kommen, durch die Auseinandersetzungen über die Kirchenpresse, worüber Bischof Leich mit dem Staatssekretär und dem Leiter des Presseamtes beim Ministerrat, Dr. Blecha, am 10. August und am 13. Oktober 1988 ohne wesentlichen Erfolg Gespräche führte. (81) Am 29. November 1988 holte Löffler seinen Besuch bei Landesbischof Leich in Eisenach nach. Dabei ließ er verlauten, die besonderen Ereignisse in der Berlin-Brandenburger Kirche blockierten die Sachgespräche. Er, der Staatssekretär, brauche Erfolge, sonst könne er sich im Ministerrat nicht durchsetzen. Zeichen der Bereitschaft, die Gespräche in Gang zu bringen, zeigte er nicht. (82) Beim letzten Gespräch im Jahr 1988, das ich am 20. Dezember 1988 mit Hauptabteilungsleiter Heinrich führte und in dem ich die ausstehenden Gespräche wieder in Erinnerung brachte, überraschte Herr Heinrich mich mit der Erklärung, „das solle mit dem Staatssekretär direkt be-

sprochen werden. Es falle nicht in seine Zuständigkeit.“ Aber ich könne mich mit allen Fragen weiterhin an ihn wenden, er werde mir die zuständigen Gesprächspartner nennen. (83)

Angeichts dieser Erfahrungen mit dem Staatssekretär und seiner Dienststelle überrascht der Vermerk im Protokoll über die 120. Sitzung der KKL in der DDR am 11./12. November 1988, TOP 6:

„Stolpe zieht folgendes Fazit aus seinen in den letzten Wochen mit staatlichen Vertretern geführten Gesprächen:

1. In Grundsatzfragen hat es noch nie eine solche Offenheit gegeben wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt.
2. In praktischen Fragen ist die Lage so kompliziert wie etwa 1968.
3. Auf den Kreis- und Bezirksebenen gibt es jedoch konstruktive Gespräche.

Dr. Demke bestätigt dieses Fazit und betont:

- daß von den Wissenschaftlern eine gründliche Vorbereitung des Dialogs erfolge;
- und daß Perestroika auch ein harter Gang für die Kirchen werden würde.

In der Aussprache wird u. a. darauf hingewiesen, daß in den Gemeinden auch zu beobachten ist, daß das Verständnis für Reizthemen und die Bereitschaft abnimmt, die von den Gruppen heißgehaltenen Auseinandersetzungen mitzutragen.“ (84)

Der Vermerk zeigt die ganze Zwiespältigkeit der Situation Ende des Jahres 1988. Er läßt verständlich werden, daß der Vorstand trotz einer brüskten Ablehnung der Sachgespräche am 6. Januar 1989 durch den Staatssekretär am 23. Februar 1989 einen neuen Vorstoß zur „Beendigung der Sprachlosigkeit“ unternahm und etwas vorsichtig und zögernd beschloß: „Der Vorstand stimmt zu, daß der Leiter des Sekretariates sondiert, ob noch vor der Bundessynode ein Grundsatzgespräch sinnvoll und möglich wäre.“ (85)

7. 19. Oktober 1989 – Raum für innergesellschaftlichen Dialog

Die Sondierungen stießen auf die bekannte Hinhaltetaktik und waren so erfolglos wie in den Jahren zuvor. Zwar wurde auch bei einem Gespräch mit dem neuen Leiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim Zentralkomitee der SED, Peter Krauß, die Notwendigkeit des Dialogs betont. (86) Doch der Staatssekretär mied das offizielle Gespräch mit den verantwortlichen Gremien des Bundes. Statt dessen entwickelte er eine eifrige Besuchstätigkeit und führte Einzelgespräche mit Bischöfen, Synodalen, in kirchlichen Institutionen, Gemeinden, ja sogar mit speziellen Gruppen. Am 9. März 1988 erklärte er, „daß er im Augenblick überhaupt das kollektive Gespräch vermeiden wolle, auch über den KSZE-Prozeß.“ Er sage darum auch das für den 13. März 1989 bereits vereinbarte Gespräch mit den Chefredakteuren der Kirchenzeitungen ab und biete nur Einzelgespräche an. (87) Auf die in ermüdender Wiederholung angemahnten Informationsgespräche war er nicht ansprechbar. Dafür wurde bekannt, Margot Honecker habe schulpolitische Fragen mit CDU-Mitgliedern beraten, und Verteidigungsminister Heinz Keßler habe in CDU-Kreisen über die Verteidigungspolitik gesprochen, was beide mit KKL-Vertretern nicht konnten. (88)

In dieser Situation unternahm der Greifswalder Bischof einen Vorstoß auf eigene Faust. Ohne vorherige Abstimmung mit dem Bund und den anderen Gliedkirchen lud er den Staatsratsvorsitzenden zur Wiedereinweihung des Greifswalder Doms am 11. Juni 1989 ein. Er hoffte, damit den seit dem 3. März 1988 faktisch abgerissenen Gesprächsfaden und die Verbindung zum Staatsratsvorsitzenden neu knüpfen zu können. Innerhalb der KKL führte dieses Vorgehen zu erheblichen Spannungen. Sie wurden noch erhöht, als Bischof Gienke seinen Dankbrief an Honecker veröffentlichen ließ und darin die Berichterstattung über die Domeinweihung in einigen Kirchenzeitungen kritisch beurteilte. Für den Staatssekretär aber war der erste Besuch Honeckers in einem Gottesdienst anlässlich der Greifswalder Domeinweihung ein Erfolg. Die Gespräche seien wieder in Gang gekommen. „Dazu

habe die Domeinweihe in Greifswald wesentlich beigetragen.“ „Wir müßten jetzt die Brücke vorsichtig und behutsam beschreiten, die die Sprachlosigkeit überwindet.“ (89) Er bot für Ende August / Anfang September, also noch vor der Bundessynode, „ein erstes der dringend gewünschten Gespräche“ an. Es solle eine Gesprächsrunde über den KSZE-Prozeß mit Auswertung der Nachfolgetreffen in Wien, Bukarest und Paris werden. Bischof Leich erinnerte sofort daran, daß der Bund Gespräche über drei Bereiche, nämlich Bildungsfragen, Wehrdienstfragen und Menschenrechtsfragen angemeldet habe. Er gehe davon aus, daß im Rahmen des KSZE-Gespräches auch über Menschen- und Bürgerrechtsfragen gesprochen werde. Die Betonung der menschlichen Dimension in den Beschlüssen von Wien legte das nahe. Löffler bejahte das. Außerdem erklärte Leich, „ein behutsames Beschreiten der Gesprächsbrücke könne nicht bedeuten, daß von uns Sachfragen, die beschwerlich sind, verschwiegen werden.“ (90) Das Gespräch über KSZE-Fragen wurde für den 12. September 1989 angesetzt. Doch schon in den vorbereitenden Absprachen erklärte mir Dr. Wilke am 4. August, daß es um die Erläuterung der Beschlüsse von Wien und Bukarest gehe, nicht aber um anstehende aktuelle Fragen unserer Bürger. (91)

Inzwischen waren die gesellschaftlichen Spannungen enorm gestiegen. Bürgerrechtsgruppen prangerten Wahlmanipulationen bei der Kommunalwahl am 7. Mai 1989 an. Die KKL gab am 3. Juni 1989 eine Erklärung zu den Wahlmanipulationen ab und forderte schnelle konkrete und wahrhaftige Aufklärung sowie die Weiterentwicklung des Wahlverfahrens und eine „Stärkung des Rechts“ überhaupt. (92) Am 6. Juni 1989 wurden auf dem Weg zur Chinesischen Botschaft Demonstranten verhaftet, die einen Protest gegen die blutige Niederschlagung der Studentenbewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking übergeben wollten. (93) Die Ausreisewelle schwoll beängstigend an.

Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung gratulierte Landesbischof Leich dem erkrankten Staatsratsvorsitzenden in einem Handschreiben zum 77. Geburtstag. Er regte darin ein Gespräch „außerhalb von protokollarischen und pressewirksamen Verpflichtungen“ an, dessen Teilnehmer und Rahmen der Staatsratsvorsitzende bestimmen sollte. (94) Darauf gab es zunächst kein Echo. Am 1. September erklärte Staatssekretär Löffler vielmehr, auch das für den 12. September vorgesehene Gespräch über den KSZE-Prozeß könne zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht stattfinden. Die Verhandlung von KSZE-Fragen könne die Lösung aktueller Probleme augenblicklich eher verhindern. Die DDR könne keine Lösung akzeptieren, die der Vertragslage zwischen der DDR und der Ungarischen Volksrepublik widerspreche. Es wurde nicht ausgesprochen, aber gemeint war das Verhalten der ungarischen Behörden gegenüber Reisenden aus der DDR, die über die ungarisch-österreichische Grenze nach Westdeutschland zu gelangen suchten. (95) Die Ausreisewelle veranlaßte die KKL, sich mit einem Schreiben vom 4. September 1989 an den Staatsrat der DDR zu wenden. Sie benannte darin Ursachen für die gegenwärtigen gesellschaftlichen Spannungen und Erfordernisse für ihren Abbau. Wörtlich heißt es in dem Schreiben:

„Die Konferenz ... sieht eine wesentliche Ursache für die Ausreisearträge darin, daß von den Bürgern erwartete und längst überfällige Veränderungen in der Gesellschaft verweigert werden. Sie hält es für unabdingbar und dringlich, in unserem Land einen Prozeß in Gang zu setzen, der die mündige Beteiligung der Bürger an der Gestaltung unseres gesellschaftlichen Lebens und eine produktive Diskussion der anstehenden Aufgaben in der Öffentlichkeit sichert und Vertrauen zur Arbeit der staatlichen Organe ermöglicht.

Wir bitten deshalb erneut und dringlich darum,

- offene und wirklichkeitsnahe Diskussionen über die Ursachen von Unzufriedenheit und Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft zu führen und sie nicht sogleich durch stereotype Belehrungen oder sogar Drohungen abzuweisen;
- kritische Einwände der Bürger aufzunehmen und so zu berücksichtigen, daß sie in erkennbaren Veränderungen wirksam werden, die allen zugute kommen;

- auf zutreffende Informationen in allen Bereichen von Politik und Wirtschaft und auf eine realistische Berichterstattung in unseren Medien hinzuwirken, die nicht im Widerspruch zu dem stehen, was der Bürger Tag für Tag selbst sieht und erlebt;
- darauf hinzuwirken, daß alle Behörden jeden Bürger als mitverantwortlichen Partner respektieren und ihn nicht als Untergebenen bevormunden;
- für alle Bürger, unabhängig von verwandtschaftlichen Beziehungen, Reisemöglichkeiten in andere Länder zu eröffnen;
- allen ehemaligen DDR-Bürgern, die in ein anderes Land übergesiedelt sind, die Rückkehr offiziell zu ermöglichen.“

Die KKL kündigte an, daß der Wortlaut des Schreibens ab 9. September 1989, 17.00 Uhr, den Gemeinden bekannt gegeben werde. Im Begleittext forderte sie die Gemeindeglieder wiederum auf, die DDR nicht zu verlassen, weil jeder gebraucht werde. (92).

Am 7. September morgens erschien Staatssekretär Löffler in Eisenach, um den KKL-Vorsitzenden im Namen von Dr. Jarowinsky zu bitten, er möge doch prüfen, ob die Veröffentlichung des Briefes durch Bekanntgabe an die Gemeinden vermieden werden könne. Gespräche in den von der Kirche erbetenen Bereichen würden zugesagt. (93) Dieser plumpe Beeinflussungsversuch konnte vom KKL-Vorsitzenden nur zur Kenntnis genommen werden.

Die Bundessynode vom 15. bis 19. September 1989 in Eisenach präziserte die im Schreiben der KKL genannten Ursachen für die gegenwärtigen gesellschaftlichen Spannungen und die nötigen Schritte zu ihrer Überwindung. In ihrem Beschluß vom 19. September heißt es:

„Wir brauchen:

- ein allgemeines Problembewußtsein dafür, daß Reformen in unserem Land dringend notwendig sind;
- die offene und öffentliche Auseinandersetzung mit unseren gesellschaftlichen Problemen;
- jeden für die verantwortliche Mitarbeit in unserer Gesellschaft;
- Wahrhaftigkeit als Voraussetzung für eine Atmosphäre des Vertrauens;
- verantwortliche pluralistische Medienpolitik;
- demokratische Parteienvielfalt;
- Reisefreiheit für alle Bürger;
- wirtschaftliche Reformen;
- verantwortlichen Umgang mit gesellschaftlichem und persönlichem Eigentum;
- Möglichkeit friedlicher Demonstrationen;
- ein Wahlverfahren, das die Auswahl zwischen Programmen und Personen ermöglicht.“

(94)

Das konnten Partei und Staat nur als ein politisches Aktionsprogramm verstehen, auch wenn die Synode beteuerte: „Wir wollen mithelfen, daß Menschen auch in unserem Lande gerne leben.“ Die Konfrontation war nicht mehr zu verschleiern. Der KKL-Vorsitzende war auch nicht gewillt, das zu tun. In seiner Rede in Jena am 5. März 1989 hatte er sich von der Formel „Kirche im Sozialismus“ distanziert. Anfang Oktober weigerte er sich, am Empfang zum 40. Jahrestag der DDR teilzunehmen. Die Konferenz beschloß am 6. Oktober 1989, „sich jeglicher Teilnahme an dem Empfang zum 7. Oktober zu enthalten“. Der Vorstand erhob jedoch Bedenken gegen einen „totalen Abbruch der Beziehungen“ und schlug der KKL vor, entweder Dr. Demke und Ziegler oder Stolpe und Ziegler zum Empfang am 7. Oktober 1989 zu entsenden. Die KKL entschied sich für Variante zwei. So saßen denn Herr Stolpe und ich während des Empfangs im Palast der Republik mit Herrn Dr. Jarowinsky und Herrn Löffler an einem Tisch und erlebten die kühle Verabschiedung von Gorbatschow, der den Festakt vorzeitig verlassen mußte. Wir nutzten auch diese Gelegen-

heit, besonders an Jarowinsky zu appellieren, die offene Aussprache über die brennenden Probleme mit den Bürgern zu beginnen. Es blieb bei den stereotypen Argumenten, daß das alles nur angeheizt sei von feindlichen Elementen innerhalb und außerhalb des Landes. Löffler verabschiedete mich an diesem Tag mit der vieldeutigen Bemerkung, ich solle nicht denken, daß Peking so weit entfernt sei, wie es geographisch erscheint. (95)

Mit Appellen an die Einsicht der Regierenden war nichts mehr in Bewegung zu bringen. Inzwischen aber hatten die großen Demonstrationen begonnen, zuerst Ende September in Leipzig im Anschluß an die Friedensgebete in der Nikolaikirche. Während des Festempfangs zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 gab es Demonstrationen in Berlin, Leipzig, Dresden und anderen Städten. Am 9. Oktober 1989 demonstrierten 70.000 Menschen in Leipzig. Am selben Tag kam es in Berlin wie schon am 7. Oktober hinter dem Palast der Republik vor der Gethsemanekirche zu gewaltsamen Übergriffen der Polizei gegen Demonstranten. Die Unruhen im Lande drohten zu eskalieren.

Angesichts dieser Entwicklungen besann sich Honecker auf das Gesprächsangebot des KKL-Vorsitzenden. Am Freitag, 13. Oktober gegen Mittag überbrachte der persönliche Referent des Ersten Sekretärs der Bezirksleitung der SED Erfurt Landesbischof Leich die Nachricht, als Gesprächstermin mit dem Vorsitzenden des Staatsrates sei der 19. oder 20. Oktober 1989, 11.00 Uhr vorgesehen. Wegen anderer dienstlicher Verpflichtungen bat Bischof Leich, zu prüfen, ob eine Terminverschiebung möglich sei, notfalls aber würde er auch am 19. Oktober für das Gespräch zur Verfügung stehen. Am Wochenende war die Terminfrage nicht mehr zu regeln. Am 16. Oktober informierte mich Bischof Leich telefonisch und bat um Klärung der Modalitäten. Bischof Hempel habe von der Bezirksleitung der SED Dresden gehört, es solle ein Gespräch mit dem Vorstand werden.

Eine inhaltliche Vorbereitung war unter den gegebenen Umständen nicht möglich. Sie war auch nicht nötig. Worüber wir zu sprechen wünschten, war durch den Brief der KKL an den Staatsrat vom 4. September und durch den Synodenbeschluß vom 19. September 1989 hinreichend bekannt. Ort und Teilnehmer des Gesprächs waren am 16. 10. 1989 noch nicht festgelegt. Am Abend des 17. Oktober erschien wie schon vor dem Gespräch am 3. März 1989 wieder ein Vertreter des Staatssicherheitsdienstes bei mir. Am 18. Oktober tagte planmäßig der Vorstand. Alles überstürzte sich so, daß ich nicht einmal dazu kam, meine bewährten Notizzettel zu schreiben. Ebenso überstürzten sich die Ereignisse auf der politischen Bühne. Am 18. Oktober trat Erich Honecker von allen Ämtern zurück. Egon Krenz wurde zum Generalsekretär des Zentralkomitees der SED gewählt und der Volkskammer als Staatsratsvorsitzender und als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates vorgeschlagen. Ein Gespräch mit Honecker erübrigte sich dadurch einen Tag vor dem angesetzten Termin. Am 18. Oktober um 15.15 Uhr aber teilte mir Staatssekretär Löffler telefonisch mit, der neue Generalsekretär wolle den Termin wahrnehmen und lade zum 19. Oktober, 14.00 Uhr zum Gespräch in Schloß Hubertusstock ein. Um 12.15 Uhr würden die vier für das Gespräch vorgesehenen kirchlichen Vertreter in der Auguststraße 80 zur Fahrt nach Hubertusstock abgeholt. Uns blieb vor Dienstschluß gerade noch Zeit, die KKL-Mitglieder telefonisch zu benachrichtigen und ihnen für den 19. Oktober, 17.30 Uhr vertraulich eine Information „über ein wichtiges Gespräch“ anzubieten. (96)

Das Gespräch in Hubertusstock verlief in einer lockeren Atmosphäre. Krenz zeigte verständlicherweise kleine Unsicherheiten in seiner neuen Funktion. Er erklärte freimütig, daß er den Umgang mit „geistlichen Herren“ nicht gewohnt sei, weil er seit seiner Konfirmation mit Pastoren nichts zu tun gehabt habe. Zur Lockerung lud er zunächst zu einem kleinen „Fernsehspaziergang“ durch den Park des Jagdschlusses ein. Dabei entstanden die Fotos, die am nächsten Tag durch die Presse gingen. Anonym wurde mir später eines dieser Zeitungsbilder mit der Aufschrift „Gott segne ‚den Führer‘“ zugesandt. Das zeigte, daß in der Bevölkerung diese Begegnung nicht überall Zustimmung fand. Das wußte auch Krenz. Er

hatte die Begegnung von 11.00 auf 14.00 Uhr verlegen lassen, weil er nach seinem Amtsantritt nicht als erstes mit Vertretern der Kirche reden wollte. So besuchte er vormittags zusammen mit Günter Schabowski zuerst einmal die Arbeiter im Werkzeugmaschinenkombinat „7. Oktober“ in Berlin. (97)

Inhaltlich war nach den gegebenen Umständen von diesem Gespräch von vornherein nicht viel Neues zu erwarten. Krenz wollte zweifellos ein Zeichen für „ein neues Kapitel konstruktiver Zusammenarbeit von Staat und Kirche“ und für eine „aufrichtige“ Dialogbereitschaft setzen. Er hatte aber im übrigen leichtes Spiel, weil er gegenüber allen konkreten Anfragen der Kirchenvertreter darauf verweisen konnte, daß er ja erst einen Tag im Amt sei. Fairerweise mußte ihm für die Einarbeitung eine Schonzeit zugestanden werden. Über das Gespräch wurde eine Pressemitteilung veröffentlicht, die am Ende der Begegnung besprochen worden war. Das Sekretariat des Bundes gab sie zusammen mit einer Schnellinformation weiter, in der zusammenfassend über die Gesprächsbeiträge der Kirchenvertreter unterrichtet wurde. Sie bewegten sich im Rahmen des Briefes der KKL und des Beschlusses der Bundessynode. In der Pressemitteilung wurde wie üblich bekannt gegeben, wer außer Krenz und Leich an der Begegnung teilgenommen hatten: Dr. Jarowinsky, Staatssekretär Frank-Joachim Herrmann und Staatssekretär Löffler auf staatlicher Seite, Dr. Demke, Konsistorialpräsident Stolpe und Oberkirchenrat Ziegler als Begleiter von Landesbischof Dr. Leich. Eine Gesprächsnachschrift wurde in diesem Fall im Sekretariat des Bundes nicht angefertigt. Unter dem Druck der täglich neuen Ereignisse zeigte niemand dafür ein weitergehendes Interesse. Es blieb bei meinen umfangreichen stenografischen Notizen. (98) In den dort erfaßten kurzen Gesprächsbeiträgen von Jarowinsky und Löffler fiel mir auf, daß sie weder neue Gedanken enthielten noch einen neuen Geist verspüren ließen. Auch Krenz gab sich noch fest davon überzeugt, daß bei der bevorstehenden Umgestaltung der Gesellschaft der SED die Führungsrolle zukomme. Von Dialog war viel die Rede. Doch die Voraussetzung dafür sei, daß Ruhe und Ordnung im Lande herrsche. Dazu sollten die Kirchen mit beitragen. „Man kann doch nicht jeden Montag auf die Straße gehen, wenn man Dialog will.“ (99)

Lange Zeit, um eine „aufrichtige“ Dialogpolitik zu entwickeln, blieb Egon Krenz nicht. Am 7. November 1989 trat die Regierung Stoph zurück. Am 9. November öffnete sich die Berliner Mauer. Am 13. November wurde Hans Modrow zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Am 1. Dezember strich die Volkskammer den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung der DDR. Am 3. Dezember traten das Politbüro und das Zentralkomitee der SED zusammen mit ihrem Generalsekretär Egon Krenz zurück. Am 6. Dezember war auch die kurze Amtszeit des Staatsratsvorsitzenden Krenz zu Ende.

Aber den Staatssekretär für Kirchenfragen gab es noch. Er entwickelte nach der Begegnung in Hubertusstock plötzlich wieder einen großen Gesprächseifer und erinnerte sich auch, wo die Ansprechstelle für den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zu finden war. Am 27. Oktober 1989 kam er in das Sekretariat des Bundes und offerierte gleich drei bereits terminierte Sachgespräche: Gesundheitswesen (6. November 1989); Volksbildung (15. November 1989); Energie und Umwelt (24. November 1989). Weitere Sachgespräche über Umweltschutz (Mülldeponien), Baufragen und Konsequenzen der KSZE-Nachfolgetreffen für die Lösung von Bürgerrechtsfragen (Rechtssicherheit, Wahlen, Reisemöglichkeiten) könnten vorbereitet werden. Neben den Sachgesprächen, die er jetzt wohl zu unterscheiden wußte von den Informationsgesprächen, bot er solche zu Themen an, die die Kirche wünsche, wie z. B. über Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik oder Militärdoktrin. (100)

Am 1. November 1989 gaben Dr. Jarowinsky und Staatssekretär Löffler in einem vertraulichen Gespräch mit Landesbischof Dr. Leich und mir weitere Erläuterungen zu den geplanten Sachgesprächen. Löffler warf dabei die Frage auf, ob wir die Öffentlichkeit dar-

über informieren sollten. Ich mußte ihn darauf hinweisen, daß er selbst das bereits bei der Tagung des Regionalaussschusses der Christlichen Friedenskonferenz am 28. Oktober 1989 getan habe, wie der Presse zu entnehmen sei. Der weitere Verlauf des Gespräches zeigte, worum es Dr. Jarowsky wirklich und hauptsächlich ging. Er wollte die Hilfe der Kirchen gewinnen, um die Demonstrationen zu beenden. Sie seien mit unkalkulierbaren Risiken verbunden und könnten schnell zu unkontrollierten gewalttätigen Eruptionen führen. Er begründete seinen Appell mit einer eindringlichen Schilderung der katastrophalen Lage der Volkswirtschaft und der Gefährdung der inneren Sicherheit. Er ging auch auf einzelne Fragen aus dem Gespräch in Hubertusstock ein und versicherte, daß an einer Reiseverordnung und an der Änderung des Wahlgesetzes gearbeitet werde. Aber alles brauche Zeit, und „wir brauchen Dialog auch über Fragen, für die wir noch keine Antwort haben.“ Unter die heiklen Fragen der Vergangenheit, das habe Egon Krenz schon in Hubertusstock zum Ausdruck gebracht, solle ein Schlußstrich gezogen werden. „Wir suchen Mitwirkung für nach vorn gerichtete Aktionen.“ „Worum es jetzt geht, ist nicht, letzte Wahrheiten zu suchen, sondern bessere Lösungen.“ Bischof Leich konnte nur daran erinnern, daß die Kirchen seit langem den offenen Dialog gesucht hätten, ohne sofort fertige Lösungen zu fordern, und daß sie immer für Gewaltlosigkeit und Sachlichkeit eingetreten seien und das auch in der gegenwärtigen Situation weiter tun würden. (101)

8. Recht statt Gunsterweise

Die Serie der Sachgespräche begann am 6. November 1989 zwischen dem Gesundheitsminister und den Vertretern des Diakonischen Werkes in der DDR. Ausgangspunkt war der Vorschlag des Direktors des Diakonischen Werkes, Dr. Petzold, Bausoldaten in Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens einzusetzen, um den Mitarbeitermangel auszugleichen. Die KKL hatte Dr. Petzold auf ihrer Sondersitzung am 1. November 1989 mit auf den Weg gegeben, er solle nachdrücklich darauf hinweisen, daß es ein Arbeitsgespräch, nicht aber ein repräsentatives Gespräch sei und daß mit dieser Beratung die generellen Fragen eines Wehrersatzdienstes im zivilen Bereich nicht erledigt seien. (102) Konferenz und Sekretariat sammelten weiter Themen und berieten über die Zusammensetzung der Gesprächsgruppen. Am 13. November hatte ich dem Staatssekretär Themen für acht Sachgespräche zu übermitteln und ihm anzukündigen, daß die Konferenz im Januar 1990 Themen für Informationsgespräche nennen werde. Die KKL hatte eine ganze Reihe solcher Themen schon formuliert, wie z. B. Sozialismustheoriendebatte, Demokratie und Führungsrolle der SED, Subventionspolitik, Handelspolitik und Währung u. a.. Ich hatte sie noch nicht bekannt zu geben, weil die KKL den Sachgesprächen Vorrang geben wollte. Am 11. November hatte die KKL außerdem beschlossen: „Die Gespräche werden zukünftig als „Regierungsgespräche“ und „Gespräche“ deklariert. Aus der Kritikphase gilt es nun in die schwerere konstruktive Vorschlagsphase einzutreten.“ (103)

Die KKL wurde sich allmählich bewußt, daß die Zeit der durch den Staatssekretär für Kirchenfragen vermittelten Sach- und Informationsgespräche im Grunde vorüber war. Schon am 1. November 1989 stellte sie auf ihrer Sondersitzung fest, „daß die Stellvertreterfunktion der Kirche unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr so gegeben ist wie bisher. Am 14. November wandte sich der KKL-Vorsitzende an den neuen Ministerpräsidenten Hans Modrow, um ihm „zur zukünftigen Zusammenarbeit zwischen der Regierung der DDR und dem Bund der Evangelischen Kirchen folgende Anregung zu unterbreiten: Grundsätzlich sollte es den Kirchen zugestanden sein, für sie wichtige Sachfragen direkt den jeweils zuständigen Staatsorganen zu unterbreiten. ... Darüber hinaus halten wir die Einrichtung einer Verbindungsstelle beim Vorsitzenden des Ministerrates zu den Kirchen für angemessen.“ (104)

Das zweite Sachgespräch zum Bereich Volksbildung fand am 15. November 1989 statt.

Es verlief dank dessen, daß die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften und nicht das Ministerium für Volksbildung die eigentlichen Gesprächspartner stellten, zur Zufriedenheit der beteiligten Kirchenvertreter. Grundsatzfragen der Erziehungspolitik konnten sachlich angesprochen und gemeinsame Weiterarbeit an Einzelproblemen verabredet werden. Bemerkenswert an diesem Sachgespräch, das auf gute Entwicklung für die Zukunft hoffen ließ, war eine Grundsatzklärung, mit der der Staatssekretär für Kirchenfragen die Versammlung eröffnete. Er erklärte: „Entgegen seinem staatlichen Auftrag hatte der Staatssekretär für Kirchenfragen bisher die verbindliche Weisung, alle Wünsche der Kirchen in der DDR nach Gesprächen zu bildungspolitischen Fragen abzulehnen, insbesondere solche mit dem Ministerium für Volksbildung und der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften. Die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen wurde damit zum Vollzugsorgan einer willkürlichen Festlegung, der zufolge Bildungsfragen ‚die Kirchen nichts angehen‘. Die bloße Äußerung aus kirchlichen Kreisen zu bildungspolitischen Problemen wurde durch die zuständigen Volksbildungsorgane als Einmischung verdächtigt und mit Nichtbeantwortung geahndet. Der staatliche Auftrag der Dienststelle, im Sinne der Verfassung der DDR eine Koordinierungs- und Vermittlungsinstanz von Staat und Kirche zu sein, wurde in den vergangenen Jahren zunehmend ersetzt durch den Auftrag, Gesprächsverweigerung zu begründen und Ermahnungen zu formulieren. ...“ (105) Nach dem Eingeständnis einiger Fehler folgte dann ein Programm für die notwendige Reform des Bildungswesens, das der Staatssekretär mit den Worten schloß: „Der Staatssekretär für Kirchenfragen und seine Mitarbeiter haben diese Vorschläge zahlreichen Gesprächen mit kirchlichen Vertretern entnommen und halten sie für übereinstimmend mit dem Ideal einer radikal erneuerten sozialistischen Gesellschaft und dem ihr gemäßen humanistischen Bildungswesen.“ (106)

Bekenntnisse einer befreiten Opfers? Es muß auf jeden Fall ein Lernprozeß tief im Inneren des Staatssekretärs gewesen sein, der ihn zu diesem Schlußsatz kommen ließ. Vorher war davon nie das Geringste nach außen gedrungen! Am 18. November 1989 wurde Kurt Löffler entlassen. Als „Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates für Kirchenfragen“ wurde Lothar de Mazière Ansprechpartner der Kirchen. Am 1. Januar 1990 wurde aus der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen das „Amt für Kirchenfragen“. In der offiziellen Mitteilung hieß es am Schluß: „Die Funktion des Hauptabteilungsleiters gibt es nicht mehr.“ (107)

Die KKL wandte sich mehr und mehr den Gebieten zu, die in dem gesellschaftlichen Umbruch einer Neugestaltung bedurften. Im Dezember 1989 und Januar 1990 beriet sie über lange Listen der „zu erwartenden Veränderungen“ und über die Übernahme von Verantwortung im gesellschaftlichen Bereich. Die Kirchen waren jetzt gesuchter Gesprächspartner. Es war schwer, allen Erwartungen gerecht zu werden und immer Gesprächspartner für die unzähligen Arbeitsgruppen verschiedenster Ministerien zu benennen. Die Kirchen waren nun aber auch nur Gesprächspartner unter anderen. Von ihnen wurden sachkundige Beiträge zur gesellschaftlichen Veränderung erwartet. Gleichzeitig mußten die Beziehungen zwischen Staat und Kirche neu geordnet werden. Die Kirchen mußten darum auch Forderungen im eigenen Interesse erheben. Rechtsgrundlagen für geordnete Verhältnisse zwischen Staat und Kirche waren gemeinsam zu erarbeiten und auszuhandeln, nicht aber als Gunsterweise eines Staatsoberhauptes zu erbitten. Für „Spitzengespräche“ bisheriger Art gab es in der sich neu gestaltenden Gesellschaft keinen Bedarf mehr.

9. Ein Fazit

Deutlicher als den Handelnden im Ablauf des Geschehens wird es in der Rückschau offenbar, in welcher Weise die Kirchen durch das letzte Jahrzehnt der DDR hindurch von den Staatsorganen hingehalten wurden und Welch einer Ausdauer es bedurfte, nicht zu resignieren, sondern immer neue Ansätze zu suchen. Die KKL hat die Zielstellung ihrer Ge-

sprächsbemühungen mit den Staatsorganen durchgehalten. Das zeigt u. a. ein Vergleich der bei den Spitzenbegegnungen gehaltenen Reden der KKL-Vorsitzenden. Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR erklärte in ihrer Stellungnahme zum Gespräch vom 6. März 1978: „Die Synode begrüßt, daß das seit langer Zeit notwendige Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates und dem Vorstand der KKL am 6. März 1978 zustande gekommen ist und dabei neben innerkirchlichen Sachfragen auch einige Grundprobleme des Zusammenlebens der Menschen in unserer Gesellschaft angesprochen werden konnten. Wir sehen in diesem Vorgang eine Verwirklichung dessen, daß es der Kirche nie nur um die eigenen Belange gehen darf.“ (108) Allerdings ist eine deutliche Entwicklung festzustellen. „Neben innerkirchlichen Sachfragen“ wurden am 6. März 1978 „einige Grundprobleme des Zusammenlebens der Menschen in unserer Gesellschaft angesprochen“. In der Begegnung am 3. März 1988 konzentrierte sich der KKL-Vorsitzende ganz auf die gesellschaftlichen Probleme, die alle Bürger beunruhigten und belasteten. Als spezielle kirchliche Sachfrage könnte höchstens bewertet werden, daß erneut die Verwirklichung der Chancengleichheit aller Bürger im Bereich der Volks-, Fach- und Hochschulbildung gefordert wurde. Die Kirchen des Bundes sind in diesem Jahrzehnt immer stärker in eine Stellvertreterrolle hinein gewachsen, die sie von sich aus nicht gesucht hatten. (109)

Die Anknüpfungspunkte, die als gesprächsvermittelnde Brücke genutzt wurden, blieben mit unterschiedlicher Akzentuierung weithin dieselben: Die Verantwortung für das Wohl des Menschen, der „immer zugleich Staatsbürger und Träger einer Grundüberzeugung ist“ (110), eine gemeinsame Friedensverantwortung, Einsatz der Kirchen in der Ökumene und in der Diakonie. Die Betonung dieser Gemeinsamkeiten, meist in den Eingangspassagen der Reden, war mehr als eine taktische *captatio benevolentiae*. Es gab punktuelle Übereinstimmungen, über die man sich bei aller Kritik verständigen konnte, ohne zu heucheln. Als Gesprächsbrücke diente auch der vieldeutige Begriff „Kirche im Sozialismus“, der in den Gesprächen mit den Staatsvertretern immer neue Auslegungen erfuhr, und die Berufung auf die „Grundsätze des 6. März 1978“, die ebenso vieldeutig und auslegungsbedürftig waren.

Ernst genommen wurden die Kirchen mit ihrer Kritik und ihren Forderungen insofern, als alles sorgsam protokolliert und bis ins Zentralkomitee der SED hinein berichtet wurde, wie bei Gelegenheit aus Äußerungen von Staatsvertretern zu entnehmen war. Auch daß manches auf die Ebene der Bezirke und Kreise „durchgestellt“ wurde, war zu bemerken. Ob die ständig wiederholten Bitten und Forderungen etwas Grundlegendes bewirkten und Anstoß zu einigen Verbesserungen der Verhältnisse gaben, wird schwer abzuschätzen und im einzelnen kaum zu belegen sein. Als Problemanzeigen erreichten sie die Partei- und Regierungsstellen, auch wenn sie abgewehrt und zurückgewiesen wurden.

Auf jeden Fall hat die Gesprächsstrategie des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR dazu beigetragen, Gemeinden und Christen Lebensspielraum in der DDR zu erhalten und ein bißchen zu erweitern. In Einzelfällen vermochten die Kirchen durch die Gespräche Lösungen und Milderung von Härten zu erreichen. Zu partnerschaftlicher Mitwirkung bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR kamen sie mit ihrer Gesprächsstrategie nicht. Doch sie hatten kein anderes Mittel. Vielleicht hat die KKL in der Umbruchphase des Herbstes 1989 auf Grund ihrer jahrelangen Erfahrungen zu lange auf vertrauliche Verhandlungen mit den staatlichen Stellen gesetzt und die öffentliche Auseinandersetzung gescheut, die die Gruppen forderten. Doch wenigstens an einer Stelle zahlte sich das aus. Als eine Frucht ihrer bis zuletzt durchgehaltenen Gesprächsbereitschaft und ihres um Fairneß bemühten Gesprächsverhaltens wird die Tatsache zu werten sein, daß die Kirchen als vertrauenswürdige und für beide Seiten akzeptable Vermittler bei der Bildung nicht nur des Zentralen Runden Tisches in Berlin, sondern der vielen Runden Tische im

Lande erschien. Den Umbruch haben jedoch nicht die Gespräche, sondern die Aktionen der Bürger in einer für grundlegende Veränderungen günstigen Weltsituation bewirkt.

Anmerkungen

- (1) Reinhard Henkys: Die Kirchen im SED-Staat. In: Jürgen Weber (Hg.): Der SED-Staat. München 1994, S. 238.
- (2) Verfassung der DDR 1968/74, Artikel 1.
- (3) Vgl. die Vormerkung zu diesem Artikel.
- (4) Albrecht Schönherr am 6. März 1978. In: Nach-Denken. Zum Weg des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Im Auftrag des Kirchenamtes der EKD für die Arbeitsgemeinschaft zur Aufarbeitung der Vergangenheit hg. von Ulrich Schröter und Helmut Zeddies. Memmingen 1995, S. 162.
- (5) Beide Zitate aus Pressemitteilung des Staatsrats. In „Neues Deutschland“ vom 7. März 1978.
- (6) Vgl. Nach-Denken (vgl. Anm. 4), S. 152–174. Vgl. auch die Beurteilungen von Werner Krusche. In: „6. März 1978–1988 – ein Lernweg“, hg. vom Sekretariat des Bundes USB [Umdruck Sekretariat des Bundes]-Nr. 171/88.
- (7) So Albrecht Schönherr auf der Tagung des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung am 11. März 1998 „Das Spitzengespräch vom 6. März 1978 – Glücks- oder Sündenfall? (Schriftenreihe des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung, Heft 5, Berlin 1998, S. 24).
- (8) Staatssekretär Gysi im Gespräch mit dem Vorstand der KKL am 10. November 1980 (Handakte Ziegler, A 5002 [1971–1980]; Vermerk Schwerins über ein Gespräch des Vorstands mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen am 10. November 1980).
- (9) Kernsatz von Albrecht Schönherr im Gespräch am 6. März 1978 (vgl. Anm. 6).
- (10) Sachinformation Nr. 6 der Bundessynode in Dessau am 23. September 1979.
- (11) Albrecht Schönherr bei Empfang für Bundessynode auf Schloß Mosigkau am 22. 9. 1979 (Tonbandnachschrift).
- (12) Vermerk Stolpe über Sachgespräch des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR mit der Regierung der DDR am 6. März 1980 (Handakte Ziegler, A 5002 [1971–1980]).
- (13) Nach-Denken (vgl. Anm. 4), S. 175ff.
- (14) Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR vom 1. Dezember 1980 (Handakte Ziegler, A 5002 [1971–1980]).
- (15) Materialsammlung „Spitzengespräche“ (Handakte Ziegler, A 5002 [1979–1981]).
- (16) Aktenvermerke in Handakte Ziegler, A 5002 (September 1981–Dezember 1983).
- (17) Ebd.
- (18) Udo Hahn: Annehmen und frei bleiben. Landesbischof i. R. Johannes Hempel im Gespräch. Hannover 1996, S. 59.
- (19) Aktenvermerk über ein Gespräch des Vorstands mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen am 30. März 1984 (Handakte Ziegler, A 5002 [1984]). Zur Entstehung und Verwendung der Formel „Kirche im Sozialismus“ vgl. Nach-Denken (vgl. Anm. 4), S. 56–63.
- (20) Aktenvermerk Ziegler über ein Gespräch mit Staatssekretär Gysi am 21. Juni 1984 (Handakte Ziegler, A 5002 [1984]).
- (21) Vertraulicher Vermerk Stolpe ohne Datum (ebd.).
- (22) Bei meinem Dienstantritt im Sekretariat des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR wurde vereinbart, daß ich über Kontakte mit dem Staatssicherheitsdienst, die sich im Vollzug meines Dienstes unvermeidbar ergeben würden, jeweils einem Vorstandsmitglied schnellstmöglich berichten und alle sich aus dem Kontakt ergebenden Informationen dem Gesamtvorstand mitteilen sollte. Über alle Kontakte mit dem Staatssicherheitsdienst habe ich am 4. Januar dem Bischof und am 26. April 1992 dem Überprüfungsausschuß der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg schriftlich berichtet (Überprüfungsfragebogen Nr. 50086). Die Überprüfung endete mit der Feststellung, daß keine belastenden Informationen über mich vorlägen.
- (23) Gesprächsprotokoll Hempel vom 30. Januar 1985 (Handakte Ziegler, [Materialsammlung „11. 2. 1985“]).
- (24) Vertraulicher Vermerk über Gespräch Hempel/Gysi am 9. Februar 1985 (ebd.).
- (25) Vertrauliche Gesprächsnotizen über die Begegnung Hempel/Honecker am 11. Februar 1985 (ebd.).
- (26) Handakte Ziegler, Materialsammlung „Rentenversorgung der Diakonissen“ 1. März 1985.
- (27) Aktenvermerk in Handakte Ziegler, A 5002 (1985).
- (28) Ebd.
- (29) Handakte Ziegler, Materialsammlung „Spitzengespräch“ für Herbst 1985.

- (30) Protokoll über die 174. Sitzung des Vorstands am 23. Mai 1985 in Berlin und stenografische Gesprächsnotizen (Handakte Ziegler, Materialsammlung „Spitzengespräch“ für Herbst 1985).
- (31) Ebd.
- (32) Aktenvermerk über Gespräch Heinrich/Ziegler vom 10. Oktober 1985 (Handakte Ziegler, A 5002 [1985]).
- (33) Stenografische Notiz über Bericht Lange vom Besuch des AGCK-Vorstands beim Staatssekretär für Kirchenfragen am 15. Oktober 1985 (ebd.).
- (34) Aktenvermerk über Gespräch Heinrich/Ziegler am 11. November 1985 (ebd.).
- (35) Protokoll über die 180. Sitzung des Vorstands am 13. Dezember 1985 (Handakte Ziegler, Materialsammlung „Spitzengespräch“ für Herbst 1985).
- (36) Vertrauliche Information für die Mitglieder der KKL über einen Empfang des Staatssekretärs für Kirchenfragen für den Vorstand der Konferenz und das Präsidium der Bundessynode am 21. März 1986 (Handakte Ziegler, A 5002 [1986]).
- (37) Aktennotiz von Landesbischof Leich vom 25. März 1986 (ebd.).
- (38) Aktennotiz Leich vom 10. Juni 1986 (ebd.).
- (39) Aktenvermerk Lewek vom 13. Juni 1986 (ebd.).
- (40) Aktenvermerk über Gespräch Heinrich/Ziegler am 28. Oktober 1986 (ebd.).
- (41) Aktenvermerk über Gespräch Gysi/Leich am 27. November 1986 Eisenach, Wartburg (ebd.).
- (42) Protokoll der Sondersitzung des Vorstands am 12. Dezember 1986 in Eisenach (Handakte Ziegler, Materialsammlung für Gespräch Vorstand/Staatssekretär am 21. Mai 1987).
- (43) Aktenvermerke über Gespräche Heinrich/Ziegler am 26. Januar und am 24. April 1987 (Handakte Ziegler, A 5002 [1987]).
- (44) Handakte Ziegler, Materialsammlung für Gespräch Vorstand/Staatssekretär am 21. Mai 1987.
- (45) Stenografischer Gesprächsvermerk (ebd.).
- (46) Schnellinformation des Sekretariats vom 22. Mai 1987 (ebd.).
- (47) Ein Gesprächsprotokoll über die Begegnung am 21. Mai 1987 wurde im Sekretariat des Bundes nicht angefertigt, da die wichtigsten Aussagen aus meinen stenografischen Mitschriften in die Schnellinformation aufgenommen worden waren (vgl. ebd.).
- (48) Protokoll über die 112. Tagung der KKL am 3./4. Juli 1987 (ebd.).
- (49) Stenografische Mitschrift Ziegler (ebd.).
- (50) Aktenvermerk über Gespräch Heinrich/Ziegler am 23. Juni 1987 (Handakte Ziegler, A 5002 [1987]).
- (51) Protokoll über die 199. Sitzung des Vorstands am 26. Juni 1987 (Handakte Ziegler, Materialsammlung „Informationsgespräche“ nach dem 21. Mai 1987).
- (52) Aktennotiz Leich über Gespräch mit Staatssekretär Gysi am 5. September 1987 (ebd.).
- (53) Aktenvermerk über Gespräch Dr. Wilke/Ziegler am 10. September 1987 (Handakte Ziegler, A 5002 [1987]).
- (54) Protokoll über die 203. Sitzung des Vorstands am 15. Oktober 1987 (Handakte Ziegler, Materialsammlung „Informationsgespräche“ nach dem 21. Mai 1987).
- (55) Aktenvermerk über Gespräch Heinrich/Dr. Wilke/Ziegler am 19. Oktober 1987 (Handakte Ziegler, A 5002 [1987]).
- (56) Stenografische Mitschrift Ziegler über Gespräch Gysi/Leich am 6. November 1987 (Handakte Ziegler, Materialsammlung „Informationsgespräche“ nach dem 21. Mai 1987).
- (57) Ebd.
- (58) Zum Verhältnis „Kirche und Gruppen“ vgl. Nach-Denken (vgl. Anm. 4), S. 77–82.
- (59) ARD-Interview Leich vom 6. März 1988 (Nachschrift in Handakte Ziegler, Materialsammlung „Gespräch Honecker/Leich am 3. 3. 1988“). Zum Problem der Ausreisen vgl. Nach-Denken (vgl. Anm. 4), S. 63–67.
- (60) Aktenvermerk über ein Gespräch Gysi/Heinrich/Lewek am 11. Februar 1988 (Handakte Ziegler, A 5002 [1988]).
- (61) Ebd.
- (62) Stenografische Gesprächsnotizen vom 19. Februar 1988 (Handakte Ziegler, Materialsammlung „Begegnung Jarowinsky/Leich am 19. 2. 1988“).
- (63) Vertraulicher Vermerk über Begegnung Jarowinsky/Leich am 19. Februar 1988 (ebd.).
- (64) Ebd.
- (65) Stenografische Gesprächsnotizen vom 19. Februar 1988 (ebd.).
- (66) Stenografische Notizen in Materialsammlung „Gespräch Honecker/Leich am 3. 3. 1988“ (Handakte Ziegler).
- (67) Ebd.

- (68) „Streng vertrauliche“ Gesprächsnachschrift Ziegler, die bis zur Zeit nach der Ablösung Honeckers auf Beschluß des Vorstands beim Leiter des Sekretariats unter Verschuß gehalten wurde (Kopie in Handakte Ziegler).
- (69) Stenografische Notiz über Gespräch Gysi/Ziegler am 3. März 1988 (Handakte Ziegler, Materialsammlung „Gespräch Honecker/Leich am 3. 3. 1988“).
- (70) Schnellinformation des Sekretariats des Bundes vom 3. März 1988. In: epd Dokumentation Nr. 12/88 vom 10. März 1988.
- (71) „Information 1988/6 Nr. 247“ (Handakte Ziegler, Materialsammlung „Gespräch Honecker/Leich am 3. 3. 1988“).
- (72) Vgl. Anm. 68.
- (73) Protokoll über die 209. Sitzung des Vorstands am 13. April 1988 (Handakte Ziegler, Sammlung „Informationsgespräche nach dem 21. Mai 1987“).
- (74) Aktenvermerk über Gespräch Heinrich/Ziegler am 12. Mai 1988 (Handakte Ziegler, A 5002 [1988]).
- (75) Aktenvermerk über Gespräch Heinrich/Ziegler am 10. Juni 1988 (Handakte Ziegler, A 5002 [1988]).
- (76) Presseinformation des Bundes Nr. 32/88 vom 10. 8. 1988 (ebd.).
- (77) Beschluß der Bundessynode zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs vom 20. September 1988 (Handakte Ziegler, Materialsammlung „Nach dem Gespräch Honecker/Leich am 3. 3. 1988“).
- (78) „Neues Deutschland“ vom 26. September 1988; vgl. auch R. Henkys (vgl. Anm. 1), S.233.
- (79) Protokoll über die 120. Sitzung der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen in der DDR am 11./12. November 1988, TOP 6: Bericht des Vorstands zur kirchlichen Lage (Handakte Ziegler, A 5002 [1988]).
- (80) Vertraulicher Vermerk über ein Gespräch Löffler/Dr. Handel/Ziegler am 26. Oktober 1988 (ebd.). Dieser Vermerk, der auch aufschlußreich ist für Haltung und Denkweise Löfflers, durfte lt. Festlegung des Vorstands nicht in die Registratur gegeben werden. Untersagt war ebenso die schriftliche Weitergabe auch von Auszügen.
- (81) Presseinformation des Bundes Nr. 43/88 vom 14. November 1988. (Handakte Ziegler, Materialsammlung „Nach dem Gespräch Honecker/Leich am 3. 3. 1988“). Vgl. auch Anm. 79.
- Im Rahmen dieser Gespräche lieferte Staatssekretär Löffler Exempel dafür, wie er gedachte, Probleme zu lösen. Vor dem Gespräch im Ministerratsgebäude am 10. August 1988 ließ er wissen, er habe dafür gesorgt, daß das sonst verschlossene Hauptportal geöffnet würde, damit der KKL-Vorsitzende vorgehen könne! – Außer mehreren Ausgaben verschiedener Kirchenzeitschriften durfte auch das Mitteilungsblatt des Bundes 4-6/87 nicht ausgeliefert werden, weil es die Beschlüsse der Bundessynode von Görlitz 1987 enthielt. Unter scharfem Protest forderte ich die Freigabe dieser amtlichen Dokumente des Bundes. Da wurde mir zögernd mitgeteilt, das sei nicht möglich, weil Dr. Blecha die ganze Auflage schon habe einstampfen lassen. Ich wies darauf hin, welche Reaktionen zu erwarten seien, wenn das in der Öffentlichkeit bekannt würde. Das veranlaßte Löffler zu dem Angebot eines Neudrucks. Der durfte dann aber nur über das Sekretariat des Bundes, nicht wie üblich über den Postzeitungsvertrieb verteilt werden. Die staatlichen Stellen wie etwa die Bezirke hätten dieses Mitteilungsblatt überhaupt nicht zu bekommen, erklärte mir Löffler am 6. Januar 1989. Die nicht unerhebliche Rechnung für den Neudruck ging dem Bund zu. Ich war der Meinung, der Verursacher des Schadens habe auch für die Kosten aufzukommen und die Rechnungssumme für den Neudruck zu erstatten. Dafür war Herr Löffler jedoch nicht mehr ansprechbar. Mit dem Drucker mußte eine Vereinbarung getroffen werden, daß alle Unterlagen nach Abwicklung dieses Vorgangs zu vernichten seien.
- (82) Stenografische Notizen über Bericht Leich im Vorstand am 30. November 1988 (Handakte Ziegler, Materialsammlung „Nach dem Gespräch Honecker/Leich am 3. 3. 1988“).
- (83) Vermerk über Gespräch Heinrich/Ziegler am 20. Dezember 1988 (Handakte Ziegler, A 5002 [1988]).
- (84) Vgl. Anm. 79.
- (85) Protokoll der 219. Sitzung des Vorstands am 23. Februar 1989 (Handakte Ziegler, Materialsammlung „Nach dem Gespräch Honecker/Leich am 3. 3. 1988“).
- (86) Stenografische Notiz über Gespräch Krauß/Stolpe/Ziegler am 14. März 1989 im ZK der SED (Handakte Ziegler, A 5002 [1989]).
- (87) Vertraulicher Vermerk über Gespräch Löffler/Heinrich/Dr. Will/Dr. Leich/Ziegler am 9. März 1989 (ebd.).
- (88) Protokoll über die 123. Tagung der KKL vom 5./6. Mai 1989 in Görlitz (zitiert nach Gerhard Besier: Der SED-Staat und die Kirche 1983–1991. Berlin 1995, S. 853, Anm. 724).
- (89) Aktennotiz Leich vom 19. Juli 1989 über Gespräch Leich/Demke/Löffler in Weimar (Handakte Ziegler, A 5002 [1989]).
- (90) Ebd.
- (91) Vermerk über Gespräch Dr. Wilke/Ziegler am 4. August 1989 (ebd.).
- (92) Zwischen Anpassung und Verweigerung. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen

Kirchen in der DDR. Hg. von Christoph Demke, Manfred Falkenau und Helmut Zeddies. Leipzig 1994, S. 387f.

- (93) Stenografische Notiz vom 6. Juni 1989 (Handakte Ziegler, A 5002 [1989]).
- (94) Handakte Ziegler, Materialsammlung „Gespräch Krenz/Leich am 19. 10. 1989“.
- (95) Stenografischer Vermerk über Gespräch Löffler/Dr. Wilke/Dr. Leich/Ziegler am 1. September 1989 (Handakte Ziegler, A 5002 [1989]).
- (96) Zwischen Anpassung und Verweigerung (vgl. Anm. 92), S. 388ff.
- (97) Aktennotiz Leich vom 7. September 1989 über Besuch Löffler in Eisenach am 7. September 1989 (Handakte Ziegler, A 5002 [1989]).
- (98) Zwischen Anpassung und Verweigerung (vgl. Anm. 92), S. 391ff.
- (99) Protokoll der Sondersitzung des Vorstands am 7. Oktober 1989 in Berlin (Handakte Ziegler, A 5002 [1989]).
- (100) Materialsammlung „Gespräch Krenz/Leich am 19. 10. 1989“ (Handakte Ziegler).
- (101) „Berliner Zeitung“ Nr. 247 vom 20. Oktober 1989.
- (102) Stenografische Notizen und Übertragung in Maschinschrift in Materialsammlung „Gespräch Krenz/Leich am 19. 10. 1989“ (Handakte Ziegler).
- (103) Ebd.
- (104) Vermerk über Gespräch Löffler/Ziegler am 27. Oktober 1989 (Handakte Ziegler, A 5002 [1989]).
- (105) Stenografische Notizen über Gespräch Jarowinsky/Löffler/Leich/Ziegler am 1. November 1989 (Handakte Ziegler, Materialsammlung „Gespräch Krenz/Leich am 19. 10. 1989“).
- (106) Protokoll der Sondersitzung der KKL am 1. November 1989 (Handakte Ziegler, Materialsammlung I „Informations- und Sachgespräche nach dem 19. 10. 1989“).
- (107) Protokoll der 128. Sitzung der KKL am 10./11. November 1989 (ebd.).
- (108) Schreiben Dr. Leich an Ministerpräsident Dr. Modrow vom 14. November 1989 (Handakte Ziegler, Materialsammlung VI „Mitarbeit der Kirchen bei Neuordnung des Staatswesens“).
- (109) Presseinformation des Bundes Nr. 36/89 (Handakte Ziegler, Materialsammlung I „Informations- und Sachgespräche nach dem 19. 10. 1989“).
- (110) Ebd.
- (111) Schreiben des Ministerrats der DDR, Amt für Kirchenfragen vom 3. Januar 1990 (Handakte Ziegler, A 5002 [1989]).
- (112) Nach-Denken (vgl. Anm. 4), S. 173.
- (113) Um der Lesbarkeit willen mußte sich die Darstellung in der Wiedergabe der Gesprächsinhalte auf Stichworte beschränken. Um ein differenzierteres Bild des Gesprächsprozesses zu gewinnen, müssen die Dokumente herangezogen werden, die allerdings bisher nur z. T. im Druck veröffentlicht worden sind.
- (114) Nach-Denken (vgl. Anm. 4), S. 163.